

Metal-Arbeiter-Zeitung.

Organ für die Interessen der Metallarbeiter.

Publikations-Organ des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes und der Allgem. Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter.

Erscheint wöchentlich Samstags.

Abonnementspreis pro Quartal 80 S.

Zu beziehen durch alle Post-Anstalten.

Nürnberg, 15. März 1897.

Inserate die dreispaltene Petitzeile oder deren Raum 30 S. Redaktion und Expedition: Nürnberg, Weizenstraße Nr. 12.

Inhalt: Betrachtungen über den Hamburger Streik. — Die Gewerkschaften als Kampforganisationen. — Zum Ausbau des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes. — Der Achtstundentag im Reichstage. — Deutscher Metallarbeiter-Verband: Bekanntmachung des Vorstandes. Abrechnung der Hauptkasse pro Februar 1897. — Korrespondenzen. — Gerichtszeitung. — Vermischtes. — Bitterarisches.

Zur Beachtung.

Zuzug ist fernzuhalten: von Formern und Sieberei- arbeiter nach **München** St. und **Schwelm** (Hilma Behn); nach **Dinglingen** in Baden und **Stuttigart** (C. Häupler) St.; von Selbgießern, Drehern und Gürtlern nach **Hamburg** (Fleck Söhne); von Klem- pern nach **Flensburg** (Blechwarenfabrik Chr. J. Möller); von Arbeitern der Fahrradbranche nach **Halenbe** h. Berlin (Sturmbogel), **Steys** (Waffenfabrik) St., **Frank- furt** am Main (Keyer); von Klemperern, Email- arbeitsern, Schlossern, Maschinenbauern u. Metall- arbeitsern aller Ber. nach **Lübeck** St.; von Klemperern nach **Offenburg** i. Baden (Blechmeister und Zustallateur Wolf Burg); von Arbeitern der Lampenbranche nach **Neustadt** a. d. Orla (Carl Berthold); von Feilenbauern nach **Bamberg** (Wenz), nach **Hohenstein-Ernstthal** (Rich. Bergner); von Schlossern und Drehern nach **Halle** a. d. S. (Maschinenfabrik Krebs); von Bauischlossern nach **Karlsruhe** (Ph. Kreis, L. Mees).

(Die mit St. bezeichneten Orte sind Streikgebiete, alle übrigen nur gesperrt; v. St. heißt: Streik in Aussicht.)

Betrachtungen über den Hamburger Streik.

Ueber dieses Thema schreibt man dem „Vorwärts“: „Geschlagen, aber nicht bestegt“, das war das Urtheil des „Vorwärts“ über den Ausgang des großen Ausstandes und die gesammte deutsche Arbeiterschaft wird dieses Urtheil unterschreiben. Besiegt kann man eine Armee nur nennen, wenn sie das Selbstvertrauen verloren und nicht mehr den Muth hat, sich dem Gegner zu stellen, sondern vor ihm Reißaus nimmt. Daß diese Stimmung aber in der deutschen Arbeiterschaft jetzt Platz gegriffen habe, wird Niemand behaupten können, der mit offenen Augen und mit Verständnis die Vorgänge in der deutschen Arbeiterschaft zu beurtheilen sich bemüht. Schon der ganze Verlauf des Hamburger Ausstandes mußte davor bewahren, daß der jetzige Ausgang eine große Enttäuschung in den Arbeiterkreisen hätte im Gefolge haben können. Im Gegentheil, die aus den Reihen der Streikenden wiederholt gemachten Anerbietungen, unter Verzichtleistung auf jede Mehrforderung zu einer Verständigung und zum Frieden zu kommen, zeigten der Arbeiterschaft längst, daß es sich für die Streikenden nicht mehr darum handelte, einen Sieg zu erringen, sondern zu einem für beide Theile ehrenvollen Frieden zu gelangen. Daß die Unternehmer selbst dieses Zugeständniß brüst abwiesen und darauf bestanden, daß die Arbeiter bedingungslos zu strengen Forderungen müssen, ist ja für die Klärung der Klaffengegensätze von unschätzbarem Werthe, andererseits erklärt aber hier in bisher in Deutsch- land unbekannter Weise hervorgekehrte Proken-Hochmuth auch den bewundernswürdigen Opfernuth, den die deutsche Arbeiterschaft gerade diesem Streik gegenüber bekundet hat. Nicht weil man noch an die Möglichkeit des Sieges glaubte, opferten die Hunderttausende von Arbeitern bis zur letzten Stunde ihr Schwert für die Hamburger Brüder, sondern man unterstützte letztere so lange es ging, um dadurch die Hamburger Proken möglichst zu schädigen. Der Kampf hätte längst beendet sein können, wenn die Führer des Hamburger Unternehmertums nicht die Gelegenheit hätten wahrnehmen wollen, den Arbeitern an einem recht drastischen Beispiel zu zeigen, daß sie nichts weiter sind als eine willenlose Masse, die blind den Befehlen und Wünschen der Kapitalproken zu gehorchen hat. Der Klaffen- gegensatz ist bei diesem Streik in seiner schroffsten Form zum Ausdruck gekommen und die Unternehmer wollten zeigen, daß es kein Ausweichen und Kompromitteln

gibt, sondern daß es sich für sie nur um ein Ziel handelt: die vollständige Unterjochung der Arbeiter.

Unser Unternehmertum versteht den Arbeitsvertrag nur dahin, daß es zu befehlen und die Arbeiter blind zu gehorchen haben. Jede andere Auslegung, etwa dahingehend, daß die Arbeiter als einer der beiden vertragsschließenden Theile bei der Auslegung mitzu- reden und Bestimmungen zu seinen Gunsten aufzustellen haben, wird von der erdrückenden Mehrheit unseres Unternehmertums als ein dreister Eingriff in ihre ge- heiligsten Rechte betrachtet. Nicht immer ist unser Unternehmertum in der Lage, diesen seinen Stand- punkt aufrecht zu erhalten und durchzusetzen; da, wo es aber reich genug ist, die Kosten für seine Mei- gungen zu tragen, folgt es diesen mit brutaler Rück- sichtslosigkeit und lehrt sich den Teufel an die senti- mentalen Predigten unserer Harmoniebusler, welche den Herren gerne in Erinnerung bringen möchten, daß sie doch das Dekorum wahren und wenigstens so thun sollen, als wenn die Arbeiter sozusagen doch auch Menschen und zwar gleichberechtigte seien. Gerade diesen sozialen Friedenspredigern haben die Hamburger Proken den schlimmsten Streich gespielt, denn wer wird nach diesen Vorgängen noch an die Harmonie zwischen Kapital und Arbeit glauben? Vielleicht, daß Dr. Mag Hirsch sich diesen Glauben auch jetzt noch bewahrt hat, die Arbeiter in seinen Gewerksvereinen theilen ihn aber schon längst nicht mehr, und daß auch die journalistischen Klopffechter des Unternehmertums es nicht mehr der Mühe werth halten, mit dem Harmonie-Märchen han- firen zu gehen, das zeigte zur Evidenz die Tante Bosh, welche alle Harmonieschwärzerei aus Anlaß des Ham- burger Streiks an den Nagel hing und sich für das schrankenlos geübte Herrenrecht ansprach.

Für Gefühlsbuselei irgend welcher Art ist also kein Platz mehr, wohl aber ist die Frage heute brennender als je, was hat seitens der Arbeiter zu ge- schehen, um in dieser Situation bestehen zu können? Daß an ein feiges Unterwerfen unter die Unternehmerwillkür nicht zu denken ist, versteht sich am Stande und es denkt auch kein Mensch daran. Sicher aber wäre es auch verfehlt, wenn Vorgänge wie der Hamburger Streik vorüber gehen sollten, ohne daß man daraus etwas lernt.

Zunächst hören wir von allen Seiten den Ruf nach Organisation. Wäre die Organisation der Hafens- arbeiter stärker und gefestigter gewesen, so lesen wir in Partelblättern, so wäre der Ausgang ein anderer ge- wesen. Wir gestehen, daß wir diese Auffassung nicht theilen. Wir sind im Gegentheil der Meinung, daß für das Schlusergebniß des Ausstandes die Frage, ob die Hafensarbeiter zu Beginn desselben besser oder schlechter organisiert waren, ganz bedeutungslos ist. Dagegen aber haben wir die Ueberzeugung, daß, wenn die Hafensarbeiter eine starke Organisation gehabt hätten, der Streik unter den Umständen, wie es geschehen ist, gar nicht zum Ausbruch gekommen wäre, und das ist eine Seite der Frage, welche uns der besonderen Be- achtung werth erscheint. Es sieht fest, daß die Aner- bietungen der Stauer abgelehnt und der Streik bes- chlossen wurde in einer Versammlung unorganisierter Arbeiter und daß dieser Beschluß gefaßt wurde gegen den Einspruch der Führer der organisierten Hafens- arbeiter.

Wir haben es also hier mit einem Vorgange zu thun, der durchaus nicht vereinzelt besteht in der deutschen Lohnbewegung. Massen, die trotz aller An- strengungen der organisierten Arbeiter den Organi- sationen ferne bleiben, keinen Pfennig für dieselben aufgebracht haben, sich überhaupt nicht um die Ar- beiterbewegung kümmern, kommen plötzlich in Bewegung, beherrschen durch ihre Zahl die Versammlungen und drücken Beschlüsse durch, für welche organisierte, mit den Verhältnissen vertraute und die entgegenstehenden

Schwierigkeiten kennenden Arbeiter nie zu haben ge- wesen wären. Sind aber erst solche Beschlüsse gefaßt, dann fühlen sich die organisierten Arbeiter durch die- selben für moralisch verpflichtet und es folgen aus den unüberlegtesten Beschlüssen die folgenschwersten Kämpfe. So ist es gewesen bei dem großen Bergarbeiter-Aus- stand, so beim Berliner Bierboikott, so jetzt in Ham- burg. — Wir nennen nur diese allgemein noch in Erinnerung stehenden großen Kämpfe, erschöpft ist damit die Zahl dieser Vorgänge keineswegs.

Uns dünkt nun, es sei höchste Zeit, dafür zu sorgen, daß solche Vorgänge sich nicht mehr wiederholen. Wir können gewiß nicht verhindern, daß sich großer unor- ganisierter Massen plötzlich eine besondere Bewegung bemächtigt, wir können auch nicht verhindern, daß diese Massen sich in Versammlungen zusammenthun und Be- schlüsse fassen, aber unsere Arbeiter-Organisationen haben keineswegs die Verpflichtung, für solche nicht genügend vorbereitete Beschlüsse die moralische und materielle Verantwortung und damit das Risiko für das Endergebniß zu übernehmen. Sollen die Lohn- bewegungen Erfolge haben und wollen wir uns nicht neue Niederlagen zu den bisherigen holen, dann muß die Zeitung und vor allem der Beginn solcher Bewe- gungen das Ergebnis wohlervogener Ueberlegung sein. Hätte aber diese Platz gegriffen, dann war es ausge- schlossen, daß in Hamburg der Kampf zu einer Zeit ausbrach, die als die denkbar ungünstigste bezeichnet werden muß. Soll auch in Zukunft bei den Lohnbe- wegungen nur das Temperament der Massen entscheiden, dann müssen wir darauf verzichten, weiterhin noch Er- folge zu erzielen.

Man weiß in unserer Presse und in Versammlungen so viel auf die englischen Gewerkschaften hin und stellt sie uns vielfach als nachahmenswerthe Muster auf. Wir stimmen in letzterer Beziehung nur sehr bedingt zu, aber das könnten wir von den Engländern lernen, daß man sich in große Lohnkämpfe nicht kopflos stürzt, sondern daß vorher alle Chancen wohl erwogen sein wollen und daß man sich vor allem in solche Kämpfe nicht von dem Unternehmertum drängen läßt, sondern daß der Zeitpunkt des Streiks dann gewählt wird, wenn er die besten Chancen für die Arbeiter bietet. Diese Entscheidungen lassen sich aber nicht in zufällig zusammenberufenen Volks- oder Massenver- sammlungen treffen, sondern das wird immer Sache eines kleineren mit den Verhältnissen genau vertrauten Kreises sein müssen. Haben diese Erwägungen statt- gefunden und zu dem Entschlusse, eine Aktion zu unter- nehmen, geführt, dann ist es Zeit, die Massen zur Schlusserklärung heranzuziehen. Haben aber unor- ganisierte Massen unüberlegte Beschlüsse gefaßt, dann müssen wir den Muth finden, solche Zumuthungen abzuwehren. Soll die Gewerkschaftsbewegung die Be- deutung erlangen, welche wir ihr alle wünschen, dann muß sie auch Erfolge aufweisen können. Erfolge können aber nur bei planvollem Vorgehen erzielt werden.

Wir sind nicht der Meinung, daß es möglich sein wird, alle unüberlegten Streiks zu verhindern, aber wir halten es für verfehlt, wenn der gesammte Apparat der politisch und gewerkschaftlich organisierten Arbeiter- schaft jedesmal zu Gunsten einer Bewegung in Funktion tritt, unbekümmert um deren Entstehung und unbekümmert um die Chancen, welche sie in Bezug auf Er- folg hat. Die Solidarität ist eine sehr schöne Sache, aber sie fast ausschließlich nur gegenüber solchen zu üben, die selbst sie grundsätzlich meiden, indem sie trotz aller Gelegenheit und Aufforderung den Organisationen ferne bleiben, das scheint uns eine verfehlt Taktik.

Unter keinen Umständen soll aber der bisherige Zustand weiter bleiben, daß die Unorganisierten die Situation schaffen und die Organisierten dann die Folgen und Kosten zu tragen haben. Um solche Mög- lichkeiten in Zukunft zu vermeiden, müssen wir es eben

darauf ankommen und gegebenen Falls einmal eine unvorbereitete ausbrechende Bewegung von vornherein ins Wasser fallen lassen. Das wird für die in Frage kommenden Massen die Folge haben, daß sie den Werth der Organisation schätzen lernen.

Aber damit nicht genug, daß wir in Zukunft nicht mehr unbesehen jeden Zustand als Sache der allgemeinen Arbeiterschaft behandeln, wir müssen auch bezüglich des Abschlusses von Streiks zc. lernen. Es nützt nichts, Streiks weiter zu führen, wenn die Erkenntnis, daß ein Erfolg nicht mehr zu erzielen ist, sich allgemein aufgedrängt hat. Gewiß ist das Sache des Urtheils und der eine urtheilt so, der andere anders. Aber es kommt doch auf die Gründe an, welche man für sein Urtheil hat. Wenn wir z. B. in den meisten Aufrufen für Streiks der Phrase begegnen: „die Streikenden werden siegen, wenn genügende Unterstützung eingeht. Arbeiter, Genossen, sorgt deshalb für Munition usw.“, so müssen wir allerdings sagen, daß ein solcher Grund uns eher als alles andere nur nicht als Stegesschance erscheint. Mit wenn — dann ist in solchen Fragen gar nichts anzufangen und sie sollten bei einer ersten Beurtheilung ausscheiden. Leider aber spielen sie in unserer Streikbewegung eine große Rolle. Sehr zum Nachtheile dieser Bewegung selbst, denn wirtschaftliche Erscheinungen wollen nüchtern beurtheilt werden. Wer aber mit wenn — dann operirt, der begibt sich in das Gebiet der ungreifbaren Möglichkeiten.

Alle Menschen können hundert Jahre alt werden, wenn sie nicht vorher sterben. So geht es auch gewiss Streikphantasten. Nach ihnen würde kein Streik verloren gehen — wann die Unterstützungen nicht ausgingen und wenn es keine Streikbrecher gäbe.

Nun ist aber der Brunnen, aus dem die Arbeiter schöpfen können, leider nicht so tief, daß er nicht ausgeschöpft werden kann, und leider ist die industrielle Reservearmee eine sehr reale Thatsache und aus ihr werden sich immer Streikbrecher finden. Es ist eine große Täuschung, deren sich Arbeiter hingeben, wenn sie sich für unerschlaglich halten. Wenn die Kapitalisten bereit und im Stande sind, die notwendigen Opfer daran zu setzen, dann werden sie mit der Zeit auch immer Erfolg finden. Es hat sich dies auch jetzt wieder beim Hamburger Streik gezeigt, wo mit der Einstellung der Binnenschiffahrt Arbeiter frei wurden, welche sich als Ersatz für die angeblich unerschlagbaren Gewerksführer sehr wohl eignen. Es hat nicht an Stimmen gefehlt, welche rechtzeitig auf diesen Ersatz aufmerksam machten, aber sie wurden nicht genügend beachtet.

Wir meinen, daß das sehr zu unrecht geschah und daß es vernünftiger gewesen wäre, damals unter Würdigung dieser Ersatzmöglichkeit und unter Akzeptierung des Angebotes eines Inspektors und der Intervention des Senats Frieden zu schließen.

Auch wir sind der Ansicht, die jetzt ein leitendes Gewerkschaftsblatt ausspricht, daß in der Zusage des Inspektors eine kleine Errungenschaft zu erblicken ist, aber das war sie doch damals, als sie zuerst angeboten wurde, auch schon und die Aussicht mehr zu erlangen war längst geschwunden. Warum hat man also nicht damals Frieden geschlossen und sich dazu erst bequemt, als man beim Zustande vollständiger Erschöpfung, des Weiß-Blutens angelangt war?

Die halbe Million, die seit jenen Tagen, wo der Streik für jeden Einsichtigen bereits verloren war, noch an diese verlorene Sache daran gewendet worden ist, hätte den Arbeitern, zu gelegener Zeit später verwendet, sehr unbequem werden können, während sie jetzt ohne Erfolg und fast ohne Schaden für die Arbeiter ausgegeben worden ist.

Gewiß kann man einwerfen, daß die Streikenden die Beeidigung des Streiks abgelehnt haben. Aber, aufrichtig gestanden, was konnte denn diese Ablehnung bedeuten, wenn die maßgebenden Kreise erklärt hätten, die weitere Fortsetzung des Kampfes unter den gegebenen Verhältnissen sei eine zwecklose Strafvergeudung und dafür die moralische Verantwortung zu übernehmen sei man nicht im Stande? Glaubt Jemand, eine solche Erklärung hätte nicht gewirkt?

Gewiß hätten einzelne Mitglieder über Betrug geschrieben, aber das thun sie jetzt auch.

Rechtzeitig Frieden zu schließen, ist eine Kunst, die wir auch erst lernen müssen; dabei dürfen uns Vorwürfe und Anschuldigungen nicht abhalten, gegebenen Falles energisch darzutreten.

Wir sind also der Meinung, daß der Zustand in Hamburg weit über den Zeitpunkt hinaus hingehalten worden ist, wo auf einen Erfolg noch zu rechnen war, und wir halten dies für einen großen taktischen Fehler.

Wir werden von dieser unserer Ansicht auch nicht abgebracht dadurch, daß sie an anderer Stelle nicht getheilt wird. So haben wir in dem bereits erwähnten Gewerkschaftsblatt die Ansicht ausgesprochen,

daß: „um auf Erfolg rechnen zu können, der Streik noch 4—5 Wochen hätte andauern müssen.“

Wir gestehen, daß wir diese Auffassung für grundfalsch halten. Das zitierte Blatt gibt auch nicht mit einer Silbe an, worauf sich denn seine Annahme stützt, daß in 4—5 Wochen die Arbeiter zur Nachgiebigkeit geneigt gewesen sein würden. Im Gegentheil, in demselben Artikel ist zu lesen: Die „Unternehmer vermochten bei der gegenwärtigen Geschäftslage den dringendsten Anforderungen zu genügen“, und weiter wird dort zugegeben, daß man mit den Binnenschiffern die Gewerksführer zu ersetzen in der Lage gewesen sei. Worauf stützt sich nun die Hoffnung, daß in 4—5 Wochen dies anders sein und den Arbeitern der Erfolg nicht mehr zur Verfügung stehen würde?

Wir sind der Meinung, daß das Gegentheil zutrifft, daß für die Arbeiter der kritische Zeitpunkt längst überschritten war, und daß sich mit jeder weiteren Woche die Arbeitsverhältnisse für sie gebessert und die Aussichten für die Streikenden verschlechtert hätten. Wir halten die beweislose Aufstellung von Sätzen wie dem zitierten auch um bezwillen für taktisch falsch, weil dadurch nur zu leicht Unmuth und Verwirrung in den Reihen der Arbeiter hervorgerufen werden kann. Wenn es richtig wäre, was das erwähnte Blatt schreibt, so wäre der Hamburger Streik nicht an der Reservearmee der Arbeiter, sondern an der Geldfrage gescheitert. Eine halbe Million Mark mehr und die 4—5 Wochen wären ausgehalten worden und der Erfolg war gesichert. Also mehr Geld und die Arbeiter brauchen nicht pater peccavi zu sagen.

Wenn diese Annahme richtig wäre, drängt sich da nicht von selbst die Frage auf, ob denn wirklich alle finanziellen Reserven erschöpft waren und ob es nicht möglich gewesen wäre, die halbe Million, an der der Sieg hing, noch zu beschaffen? Wir gestehen, daß wir an diese Möglichkeit glauben, aber wir bestreiten die Wichtigkeit der Voraussetzungen. Hätte es sich in Hamburg nur um eine Geldfrage gehandelt und hing das Schicksal des Streiks wirklich davon ab, ob die Arbeiter noch 4—5 Wochen ihre Unterstützung erhielten, dann dürfte der Streik nicht aufgegeben werden und wir stehen nicht an, die Behauptung aufzustellen, daß dann noch Reserven zu erschließen waren, die in Verbindung mit dem Ergebnis der Sammlungen ausgereicht hätten, den Bedarf der 4—5 Wochen zu decken. Wäre die Voraussetzung richtig, dann müßte man zugeben, daß wirklich nicht Alles geschehen ist, was angesichts des großen Objectes, um das sich der Kampf drehte, hätte geschehen können. Was liegt dann aber näher, als daß ein Gefühl des Unmuthes bei den Unterlegenen und deren Mitkämpfern zurückbleiben muß darüber, daß sie auf die sichere Frucht des Sieges verzichten mußten, weil man die letzten notwendigen Mittel nicht daran zu wenden wagte!

Dieses Gefühl des Unmuthes zu erwecken, es wäre nicht nur gefährlich, sondern auch im höchsten Grade thöricht und besonders für jede zukünftige Aktion von den verberberlichsten Folgen. Nichts ist gefährlicher, als sich über die eigene Kraft zu täuschen. Eine solche Täuschung ist es aber, wenn in Bezug auf den Hamburger Streik noch die Meinung vorhanden ist, die Unternehmer hätten durch die fortgesetzte Verweigerung der Arbeit zur Nachgiebigkeit gezwungen werden können. Diese Ansicht faßt eben nur auf jener bereits gekennzeichneten Operation mit wenn, dann und von dieser Phantasterei sollen wir uns befreien, indem wir lernen, mit den nüchternen Thatsachen zu rechnen.

Der Hamburger Streik ist der gewaltigste gewerkschaftliche Kampf, den wir bisher in Deutschland durchgemacht haben. Derselbe hat Riesenerfolge gekostet. Diese Opfer sind aber nicht umsonst gebracht, wenn die Arbeiterschaft daraus die Lehre zieht, daß die erste und unerlässliche Voraussetzung für den Erfolg der Gewerkschaftskämpfe die Organisation ist. In der Organisation aber muß die fühle, wohl überlegte und den gegebenen Verhältnissen Rechnung tragende Erwägung den Ausschlag geben.

Gewiß ist auch die Begeisterung ein mächtiger Faktor, aber dieselbe wird um so weniger fehlen, je mehr Klugheit und Ueberlegung unser Banner führen.

Die Gewerkschaften als Kampforganisationen.

Von drei Seiten sind in der Diskussion über den „Ausbau des Metallarbeiterverbandes“ einzelne Sätze aus der Prosjäure des Genossen Parvus („Die Gewerkschaften und die Sozialdemokratie“) zitiert und pro und contra Einführung der Arbeitslosenunterstützung verwerthet worden. Wir lassen daher den Abchnitt aus der genannten Prosjäure, der den Titel: „Die Gewerkschaften als Kampforganisationen“ trägt, hier, soweit er von der gewerkschaftlichen Arbeits-

losenunterstützung handelt, im Zusammenhang folgen. Parvus schreibt hierüber:

Die Gewerkschaften sind Kampforganisationen, stets und überall, wenn sie auch manchmal besonders einem mit bürgerlichen Scheuklappen bedeckten Blick anders erscheinen mögen. Sie sind Kampforganisationen einmal, weil ihr Ziel, ihre Bedeutung, ihre Bethätigung in nichts Anderem besteht, als in der Erringung besserer Lohnverhältnisse und Arbeitsbedingungen, also im Kampf gegen die kapitalistische Ausbeutung, sodann aber, weil, so verschiedenartig auch die gewerkschaftlichen Kampfmittel sind, sie alle doch in dem einen Knoten vereinigt sind, der sie allein zusammenhält; in der Arbeitseinstellung, dem Streik. Die Entwicklung der Gewerkschaften macht viele Streiks entbehrlich, sie vermindert die Zahl der Streiks, leitet sie in sichere Bahnen, aber in dem Moment, wo es etwa den Kapitalisten gelingen soll, die Streiks zur Unmöglichkeit zu machen, in dem Moment ist thatsächlich den Gewerkschaften nicht bloß „ein“ Lebensnerv, sondern der Lebensnerv durchschnitten worden, und sie verlieren jede Bedeutung, sinken kraftlos zusammen. Aber gerade deshalb sind die Streiks, so lange die kapitalistische Gesellschaft besteht, unausrottbar, unvertilgbar.

Nur von diesem Gesichtspunkte allein ist die Gewerkschaftsbewegung zu begreifen und zu würdigen. Verläßt man aber diesen Standpunkt, dann geräth man freilich sofort in einen Wirrwarr von Widersprüchen. Am besten zeigt sich das bei der Frage der Arbeitslosenunterstützung. Die Arbeitslosenunterstützung hat nur einen Sinn als gewerkschaftliches Kampfmittel. Dann handelt es sich aber auch dabei am allerwenigsten um die Arbeitslosen selbst, sondern hauptsächlich um die beschäftigten Arbeiter, die unter der Konkurrenz der Arbeitslosen leiden. Es handelt sich nicht darum, die Arbeitslosigkeit innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise zu beseitigen, sondern darum, die Konkurrenz der Arbeitslosen in ihren Widerstandskraft der Arbeiterorganisation schädigenden Wirkungen zu mildern.

Streikunterstützung ist ja auch Unterstützung von Arbeitslosen, und doch besteht gerade darin das Wesen der Gewerkschaft. Man wird aber während eines Streiks öfters genöthigt sein, selbst Nichtorganisirte und auch solche zu unterstützen, die durch den Streik nicht direkt berührt werden, die schon früher arbeitslos waren. Denn man muß ja Alles aufbieten, um den Erfolg der Streikenden zu verhindern. Und um den Arbeitsmarkt zu entlasten, dazu ist ja auch die Streikunterstützung da. Entleert man so die gewerkschaftliche Frage der Arbeitslosenunterstützung aller Nebenumstände und alles ideologischen Aufputzes, dann läßt sie sich in folgende Fassung bringen: Ist es für die gewerkschaftliche Organisation von Nutzen, auch außerhalb des Streiks ihre arbeitslosen und am Ort verbleibenden Mitglieder zu unterstützen und zu diesem Zweck entsprechend hohe Beiträge zu erheben? Es ist eine rein taktische Frage und keine prinzipielle.

Es ist klar, daß in den Berufen, in denen die Arbeitslosigkeit mit der Regelmäßigkeit der Jahreszeit sich einstellt und das ganze Gewerbe erfaßt, nicht nur die Möglichkeit, sondern auch der gewerkschaftliche Zweck der Arbeitslosenunterstützung fehlt. Wenn z. B. im Winter die Arbeit im Baugewerbe ruht, so gibt es ja während dieser Zeit auch keine Lohnkämpfe. Wollte man nun die Arbeitslosen hier unterstützen, so würde man während des Winters die Klassen bis auf die letzte Reige leeren, kommt dann der Frühling, so ist man für die bevorstehenden Streiks aller Mittel entblößt. Statt dem Gewerkschaftskampf zu nützen, schadet man ihm also vielmehr dadurch, und statt die Organisation zu stärken, schwächt man sie. Das ist so offenkundig, daß sich auch Niemand im Baugewerbe in derlei Experimente einläßt. Ähnlich liegen aber die Verhältnisse in vielen anderen Berufszweigen.

Es kommen aber nicht bloß die Saisonarbeiter in Betracht, sondern der Nutzen der Arbeitslosenunterstützung hängt überhaupt von folgenden Umständen ab: inwiefern die Arbeitslosigkeit als Regel und allgemein, oder bloß lokal und zufällig auftritt? Inwiefern die Konkurrenz der verwandten Berufe, der ungelehrten Arbeiter, der Hausindustrie sich geltend macht? Inwiefern erlauben die Lohnverhältnisse die Zahlung großer Beiträge? Wo diese Bedingungen am meisten zutreffen, da hat auch die Arbeitslosenunterstützung ihre besten Erfolge. Es sind meistens Gewerbe, die ein abgeschlossenes Gebiet für sich bilden und Konkurrenz von außerhalb des resp. Gewerkszweigs am wenigsten zu befürchten haben. So die englischen Maschinenbauer, die deutschen Buchdrucker, Bildhauer, Porzellanarbeiter usw.

Und auch dort, wo die Arbeitslosenunterstützung sich bewährt, ist ihr Werth verschieden, je nach den Verhältnissen des gewerkschaftlichen Kampfes. Zur Zeit

schaften auch nicht heranbilden, aber auf die Berufs-
genossen, welche wöchentl. 10 M. und weniger ver-
dienen, können wir bei unseren gewerkschaftlichen Ein-
richtungen nicht Rücksicht nehmen, sonst laufen wir
Gefahr, in unserer Lebenshaltung selbst immer tiefer
herabzusinken, wenn wir in unseren Gewerkschaften
nicht einen festen Rückhalt schaffen.

Die Beitragserhöhung wird auch auf keinen bedent-
lichen Widerstand stoßen, wenn den Mitgliedern ent-
sprechende Gegenleistungen gesichert werden. Es
sind auch nicht immer jene Metallarbeiter, welche niedere
Löhne beziehen, die über die Beitragslast klagen,
häufig sind es jene Berufskollegen, welche nur einen
Vorwand suchen, um von der Gewerkschaft überhaupt
loszukommen oder ihr nicht beitreten zu müssen. Sie
gehören einem Viertelstündigen Vergnügungsverein
an, geben für diesen Klub jährlich 40—50 M. aus,
für die Gewerkschaft haben sie aber keine 25 J. pro
Woche übrig. Von diesen Berufskollegen werden wir
zweifelslos einen Theil verlieren, wenn der Beitrag
erhöht wird. Das können wir nicht ändern, wir
dürfen uns nicht nach den Beuten richten, die nur auf
einen günstigen Augenblick warten, mit der Gewerkschaft
den Rücken kehren zu können. Wir müssen unsere
Organisation so einrichten, daß sie vernünftigen An-
forderungen gerecht werden kann, und das werden wir
erreichen, wenn alle Genossen einträchtig zusammen-
wirken.

Fürth. M. Segis.

Organisations- und Verwaltungsform. Habe ich
in meinem vorigen Artikel die Verwaltungsform kritisiert und
die notwendige Reorganisation nachgewiesen, so erlaube ich
mir heute in Bezug auf die Organisation und deren
zeitgemäße Ausgestaltung meine Ansicht zu äußern.

Als die zünftlerischen Verbindungen der Meister und
Gesellen mit Einführung der Gewerbefreiheit den Todesstoß
erhielten und der vorwärtstrebende Menschengeist durch zahl-
lose Erfindungen und Verbesserungen auf allen Gebieten des
Verkehrs und der Produktion eine vollständige Umwälzung
im Erwerbsleben, sowie in der ganzen Lebenshaltung der
arbeitenden Bevölkerung mit sich brachte, da hörte das
patriarchalische Verhältnis zwischen Meister und Gesellen
auf. Durch Einführung der Maschinen wurde die Hand-
arbeit theilweise aufgehoben oder beschränkt. Die Kunst der
Handarbeit sank in ihrem Ansehen und die Gesellen und Ge-
hilfen wurden zu Handlangern der Maschinen degradiert und
durch dieselben theilweise überflüssig gemacht. Die Unter-
nehmer wußten dies und nützten die für sie günstige Position
auch kräftig aus.

Es war daher selbstverständlich, daß die Arbeiter oder
doch ein Theil derselben, und hauptsächlich die jüngeren und
intelligenteren unter ihnen, andere Vereinigungen zur Wahr-
nung ihrer gemeinsamen Interessen gründeten. Diese Ver-
einigungen der einzelnen Branchen begrenzten Anfangs ihre
Thätigkeit auf den Ort und dessen nächste Umgebung. Durch
die ungeheure Entwicklung der Technik und der Industrie
wurden große Menschenmassen nach den Städten und den
Industriezentren gelockt und hierdurch bot sich den Unter-
nehmern wiederum Gelegenheit, durch Lohnrückerei ihre
Lächer auf Kosten der Arbeiter zu füllen; die Reibereien
zwischen Unternehmer und Arbeiter wurden häufiger und
nahmen größere Dimensionen an. Die kleinen Lokalorgani-
sationen erwiesen sich gar bald als ohnmächtig gegen die
Unternehmer und man zog die Vereinigungen verwandter
Branchen zu großen sich über das ganze Reich erstreckenden
Verbänden mit einer dementsprechenden Oberleitung zu-
sammen.

Einer dieser Verbände ist unser Deutscher Metallar-
beiter-Verband, welcher die meisten in der Metallindustrie
beschäftigten Branchen umfaßt. Aber auch die Unternehmer
waren während der Zeit nicht müßig. Durch Zusammen-
schweißung kleiner Kapitalien wurden große, über Millionen
verfügbare Betriebsfonds gegründet, unter Benützung der
neuesten technischen Hilfsmittel und Ausbeutung der ele-
mentaren Kräfte wurde die Produktion auf allen Gebieten
zentralisiert.

Dadurch schlug man zwei Fliegen mit einem Schlag,
man drückte dadurch das Kleingewerbe zu einem nicht mehr
in's Gewicht fallenden Faktor herab und erhöhte durch die
in's Proletariat geschleuderten Kleinmeister die Reservoarmasse
der Arbeitskräfte. Man konnte also dadurch nicht nur einen
größeren Druck in Bezug auf Arbeitsleistung auf die Ar-
beiter ausüben, man konnte es sogar wagen, sie unter eine
Art Kuratel zu stellen, jede freie Meinungsäußerung, jedes
Wochen auf Menschenrechte, auf menschenwürdige Behandlung
und Bezahlung mit der Fingerringe niederzubrühen.
Damit waren die Unternehmer aber nicht zufrieden, der Er-
folg hatte sie berauscht und mit Gier ging man daran, diesen
Zustand zu erweitern, und was die Hauptsache war, für die
Zukunft zu sichern. Alle sonstigen Sonderinteressen bei Seite
legend, suchte man jauchzende, oder doch die größten Be-
triebe eines oder mehrerer verwandten Produktionszweige im
ganzen Reich durch sogenannte Ringe oder Kartelle zu ver-
binden und man hat das bereits bei mehreren Hauptbranchen
durchgesetzt. Man hat dadurch nicht nur die Konkurrenz
unter sich aufgehoben und kann deshalb den Preis der fer-
tigen Waare in die Höhe treiben, man hat dadurch auch der
Knechtung der für sie arbeitenden Massen die Krone aufge-
setzt, man diktiert ihnen einfach, unter welchen Bedingungen
sie ihre Arbeitskraft zu vergeben haben. Das dies gerade
keine humanen und menschenwürdigen, brauche ich wohl nicht
zu beweisen.

Auch ist man jetzt bestrebt, sämtliche Unternehmer
aller Branchen in größeren Städten oder Provinzen zu großen
Verbänden zusammenzufassen, um sich die bisherigen Erfolge
für alle Zukunft zu sichern. Mit welchem Erfolg, das hat
uns der Hamburger Hafenarbeiterstreik gezeigt. Man hat
den Arbeiter allerdings das Koalitionsrecht, dieses ist sogar
durch Gesetz garantiert. Wie schon dies klingt! Schon oben

habe ich ausgeführt, wie der Unternehmer als solcher die
Ausübung des den Arbeitern gesetzlich gestatteten Koalitions-
recht zu verhindern sucht.

Auch der Staat als Arbeitgeber geht mit „gutem“ Bei-
spiel voran, wie dessen Musterbetriebe beweisen. Doch genug
davon. Wir haben gesehen, wie das Unternehmertum sich
organisierte bis zu einer Vollendung, die wirklich nachahmens-
werth ist. Angesichts dieser Thatfachen muß es unsere ernste
Pflicht sein, alle Kleinlichen, oft geradezu lächerlichen Sonder-
interessen bei Seite zu schieben und nur das eine große Ziel
vor Augen zu haben: Den Ausbau unserer Organisa-
tion mit allen uns zu Gebote stehenden Mit-
teln, um deren Kampffähigkeit zu erhöhen. Dieses
kann nach meiner Ansicht nur geschehen, wenn die einzelnen
Sektionen und Sektionen in den Städten zu gemein-
samen Zahlstellen verbunden werden, welche, auf einer zeit-
gemäßen Verwaltungsform aufgebaut, dem Unternehmer
gegenüber achtunggebender auftreten können und dem
Einzelnen einen besseren Rückhalt bieten. Denn das wird
doch Jeder zugeben, daß je ein Sektionschef von 80 oder
weniger Mitgliedern in einer Stadt wie Hamburg geradezu
belustigend auf die Unternehmer wirken muß. Wie anders
wäre es, wenn die acht Sektionen des Deutschen Metall-
arbeiter-Verbandes in Hamburg und Umgebung zu einer
Vereinigung zusammengezogen wären? Dieselbe würde eine
Macht von einigen Tausend Mitgliedern repräsentieren und
das Gejohle der Unternehmer würde weniger heraus-
fordernd sein.

Aber auch schlagfertiger und geeinter würden die
Massen sein und die Kosten für die Verwaltung würden sich
so reduzieren, daß die Extrabeiträge, welche einige Sektionen
zur Deckung von Verwaltungskosten eingeführt haben, in
Wegfall kommen können, wodurch den uns Fernstehenden
der Beitritt erleichtert wird. Dasselbe Resultat würde in
anderen Großstädten erzielt werden.

Aber nun zu den Gründen, welche die für Branchen-
organisation schwärmenden gegen die Zentralisation der ver-
schiedenen Sektionen vorbringen. Der gewöhnliche und auch
der hauptsächlichste Grund, welcher nach einer Distrik-
tierung wehrt, ist der: Daß man in den Branchenver-
sammlungen die Vertretungen und Arbeitsangelegenheiten
der betreffenden Branche besser regeln könne, als wenn
mehrere Berufsarten vertreten sind, welchen Grunde ge-
wöhnlich das Schlagwort angehängt wird: Wir wollen ge-
trennt marschieren und vereint schlagen. Wäre die Sache
nicht so ernst, man könnte lachen darüber, daß es noch Ge-
wohnen gibt, die behaupten, daß in einer Versammlung von
mehreren Berufsarten die wirtschaftlichen Angelegenheiten
(und solche sollen in Gewerkschaftsversammlungen erledigt
werden) der einen oder der andern Branche nicht zu er-
ledigen seien. Ich behaupte, daß gerade dadurch, daß die
eine Branche über die Lohn- und Arbeitsbedingungen der
anderen Branche genau unterrichtet ist, jedes gegenseitige
Befremden und Mißtrauen verschwindet, die Kollegialität ge-
fordert wird und im gegebenen Falle ein besseres und
schnelleres Einbernehmen der verschiedenen Branchen mög-
lich ist.

Ein drastisches Vorbild, wie es uns nicht besser ge-
geben werden kann, geben uns die Unternehmer ja selber,
und dies sollten wir beherzigen. Sätten im Arbeitgeberver-
band in Hamburg die Arbeiter nicht seitens der gesamten
Unternehmerchaft eine so ausgiebige Unterstützung in Wort
und That erhalten, so wäre jedenfalls der Ausgang des
Streiks ein anderer gewesen. Aber da hat man eben nicht
geahnt. Da bist Gärtner oder Zigarrenfabrikant oder Zu-
nunftstrauker usw., Ihr verfehlt nichts von der Schütz-
röhre — nein, sie haben durch ihr einmütiges Zusammen-
wirken das erreicht, was sie wollten.

Man sollte deshalb bei uns anfangen zu begreifen, daß
man Kleinliche Bescheidenheiten bei Seite schieben und im In-
teresse der Gesamtheit persönliche Anlichkeiten, die uns früher
zwar verwerten ließen, aber heute unbrauchbar geworden
sind, opfern muß. Aber in vielen Fällen sind es auch nur
persönliche Reibereien der einzelnen Wortführer in den
kleinen Sektionen, welche eine Annäherung derselben ver-
hindern zum Schaden der Gesamtheit.

Ich gebe mich allerdings nicht der Hoffnung hin, daß
diese Zeiten irgend welchen Einfluß auf diese Genossen
machen werden. Ueber deren Köpfe hinweg muß eine höhere
Intelligenz ihnen den Weg zeigen, den sie im Interesse der Ge-
samtheit zu gehen haben. Und daß in dieser Sache die
Generalversammlung als höchste Instanz ein gewichtiges
Wort sprechen mag, ist das schärfste Verlangen vieler.

Auf jeden Fall muß die Verschmelzung der verschiedenen
Branchen vom Hauptvorstand in die Hand genommen und
mit Energie durchgeführt werden, auf die freiwillige Ver-
einigung der verschiedenen Branchen ist, wie ich schon oben
sicher ausführte, nicht zu rechnen. Die über kurz oder lang
eintretende wirtschaftliche Krise wird uns wieder zahlreiche
und gewaltige Kräfte bringen, wie wir sie noch nicht gehabt haben,
bringen, und da heißt es: Hüften, die Waffen schärfen und
verheeren und nicht warten, bis uns unsere Feinde mit
abligenden Büffeln die Schlafröhre vom Kopf fressen und wir
uns dann erst gemächlich die Augen ausreiben.

In die Verbindung der einzelnen Branchen durchge-
führt, so ist es notwendig, daß eine Verständigung mit den
anderen noch bestehenden Organisationen der Metallarbeiter
gesucht und gefunden wird.

Nun noch ein Wort an diejenigen, welche sich einer ge-
wissen Anarchie bei ihren Kollegen erfreuen. Den meisten
wird die Zustimmung der Arbeiterkreise, deren Augen
und fördernde Wirkung für die Gewerkschaftsbewegung be-
kannt sein; diejenigen, die diesen Zuständen noch keine Aus-
sicht erblicken, verweise ich auf den Geschäfts-
bericht des Arbeiterparlamentes in Nürnberg von 1895 und
1896 — da ich in diesem Artikel nicht näher darauf eingehen
kann — mit dem Erwähnen, die Frage: ob es nicht an der
Zeit ist, solche gemeinsamen Zusammenkünfte an allen größeren
Gewerkschaften zu errichten, in weiteren Kreisen ver-
breiten zu lassen.

Die Delegirten werden diesmal nicht nur ein großes
Arbeitspensum zu erledigen haben, sie werden Fragen zu
erledigen haben, welche für die Zukunft des Verbandes ent-
scheidend sind. Daß sie hierin das Beste thun mögen,
das sind die Wünsche und Hoffnungen Tausender und Aber-
tausender.

Hamburg. S. Schauer, Arbeiter.

Die Frage der Arbeitslosenunterstützung hat eine leb-
hafte Diskussion hervorgerufen. Da ich nun Mitunterzeich-
neter der Nürnberger Resolution für die Arbeitslosenunter-
stützung bin, so sei es mir gestattet, an dieser Stelle eben-
falls das Wort zu ergreifen.

Die Gegner der Arbeitslosenunterstützung zerfallen in
drei Gruppen. Die erste Gruppe glaubt, daß durch Ein-
führung der Arbeitslosenunterstützung die Würde und der
Charakter der Kampforganisation verletzt würde. Die Kol-
legen werden gelesen haben, daß sowohl in der Nürnberger
Resolution vom 3. Oktober v. J. wie in dem Vorschlag des
Hauptvorstandes ausdrücklich erklärt ist, daß die Arbeits-
losenunterstützung genau wie der Rechtsschutz, die Reiseunter-
stützung usw. nur Mittel zur Agitation, aber keineswegs
Hauptzweck sein soll. Eine Abschaffung der jetzt schon be-
stehenden Einrichtungen, des Rechtsschutzes und sonstigen
Unterstützungen, die, was ich gern zugeben will, keine
spezifischen Merkmale einer „Kampforganisation“ sind,
würde unsere Organisation bedeutend schwächen. Der Ein-
wand, „wir dürfen der heutigen Gesellschaft die Opfer ihrer
Wirtschaftsweise nicht abnehmen“ irritirt mich nicht im ge-
ringsten. Da wo der heutige Staat oder die Kommune
helfend eintritt, verlangt man von dem Unterstützten, daß er
für die Unterstützung seine politischen Rechte vergibt. Schon
dieser Grund sollte hinreichen, dafür zu sorgen, daß unsere
Klassengenossen nicht ihrer politischen Rechte verlustig gehen.
Für die Schwärmer der staatlichen Arbeitslosenunterstützung
hat Paul Lafargue in seinem „Recht auf Faulheit“,
Seite 10, eine recht belehrende Schilderung der englischen
Workhouse gegeben. Daß die Vertreter unserer Regierung
nebst Stimm und Konferten eine bessere Institution als die
berüchtigten Werkhäuser schaffen würden, ist nach den ge-
machtten Erfahrungen nicht zu erwarten, eher das Gegen-
theil.

Die zweite Gruppe der Gegner der Arbeitslosenunter-
stützung erklärt die vom Hauptvorstand herausgegebene
Statistik für nicht zutreffend. Ich glaube, daß diese Statistik
eher zu hohe als zu niedrige Ziffern greift. Die Kollegen
vergessen eben, daß die Unterstützung erst nach einjähriger
Karenzzeit und achtstägiger Arbeitslosigkeit eintritt. Ferner,
daß die organisierten Arbeiter (es wird dieses selbst von
den Fabrikinspektoren anerkannt) auch die intelligenteren
sind und in Folge dessen ihre Arbeitslosigkeit nicht so groß
und nicht von so langer Dauer ist wie die der übrigen Ar-
beiter. Ausnahmen wird es immer geben.

Die dritte Gruppe behauptet, die Lage der Metallar-
beiter sei so schlecht, daß eine Erhöhung der Beiträge nicht
durchführbar sei. Diese Kollegen verweise ich auf die Katego-
rie der Arbeiter, die im Buchbindergewerbe beschäftigt
ist. Diese Arbeiter, deren durchschnittlicher Verdienst ein be-
deutend geringerer ist als der unfrieger, bezahlen höhere
Beiträge als wir. Sie haben unlängst beschlossen, den Bei-
trag für männliche Mitglieder auf 35 J. pro Woche und für
weibliche auf 15 J. pro Woche festzusetzen. Auch hat diese
Organisation durch Einführung der Arbeitslosenunterstützung
bedeutend an Mitgliedern gewonnen und konnte deshalb im
vorigen Jahre bedeutende Verbesserungen bei der Lohnbe-
wegung erzielen. Und ihre Kasse ist gefüllt, während die
unfrieger durch kleine Plänkchen schon oft geprengt wurde
und nicht, wie manche Kollegen behaupten, darauf zu warten
braucht, erst durch Einführung der Arbeitslosenunterstützung
geprengt zu werden. — Aber, wird man einwenden, die
Buchbinder werden nicht so durch ungelernete Arbeiter be-
drängt. Aber auch das stimmt nicht. Denn diese Kategorie
hat unter der Konkurrenz der ungelerneten und weiblichen
Arbeiter viel mehr zu leiden als wir unter der Kon-
kurrenz der männlichen Arbeiter. Wollen wir, die Metall-
arbeiter, uns also wirklich durch die Buchbinder be-
schämten lassen?

Zum Schluß kann ich eine Bemerkung nicht unter-
drücken. Man behauptet fortwährend, wir müßten auch auf
die schlechtest gelohnten Elemente Rücksicht nehmen. Und
was hat man mit dieser Rücksicht seit 6 Jahren erreicht?
Trage man dem Bedürfnis der großen Masse Rechnung.
Dieselbe will, bevor sie zu uns kommt, materielle, direkt in
die Augen springende Vorteile. So wird auf allen Konfe-
renzen geklagt. Warum thut man es also nicht?! Darum
verlangen wir die Einführung der Arbeitslosenunterstützung
als Agitationsmittel.

Nürnberg. G. Köhling.

Der Achtstundentag im Reichstage.

In der Sitzung des Reichstages vom 4. Februar 1897
wurde über folgenden Antrag der sozialdemokratischen Reichs-
tagsfraktion verhandelt:

„Die verbündeten Regierungen zu eruchen, dem
Reichstag bis zur nächsten Session einen Gesetzent-
wurf vorzulegen, wodurch die regelmäßige tägliche Ar-
beitszeit für alle im Lohn-, Arbeits-, und Dienstver-
hältnis, im Gewerbe, Industrie-, Handels- und Ver-
kehrszweigen beschäftigten Personen auf acht Stunden
festgelegt wird.“

Begründet wurde der Antrag vom Genossen Fischer und
führte derselbe aus:

Wir sehen voraus, daß uns von Seiten der bürger-
lichen Parteien, vielleicht auch vom Regierungsidee aus
entgegengesetzten wird, dieser Antrag sei nur aus agitatorischen
Gründen gestellt. Bei der Verschiedenheit der industriellen
Entwicklung und angesichts der Konkurrenz des Auslandes
würden wir die einheimische Industrie durch Einführung des
achtstündigen Arbeitstages geradezu ruinieren. Aber auch
wir sind weit davon entfernt, die einheimische Industrie
ruinieren zu wollen; wir wissen ja am besten, daß den
Schaden eines Niederganges in erster Linie die Arbeiter
tragen, und daß sie Hunger und Entbehrung leiden müssen,
wenn die Arbeitgeber den Ausfall noch lange nicht am eigenen
Leibe spüren.

Wir verhehlen uns nicht die tiefgreifenden Wirk-
ungen des Antrages und sind nicht blind gegen die
großen Schwierigkeiten, die seiner Durchführung entgegen-
treten. Diese Schwierigkeiten würden sich aber durch das
Gesetz selbst zum Theil beheben lassen und wir erachten sie
nicht als so groß, daß sie uns abhalten könnten, den Antrag
zu stellen, der für die Arbeiterklasse ein Gebot der Selbster-
haltung und für den Staat eine Pflicht ist. Er kann sich
ihm nicht entziehen, wenn er seine Aufgabe nicht lediglich

darin erblickt, eine geringe Minderheit zu erhalten und zu stützen. Unleugbar ist augenblicklich der Aufschwung aller gewerblichen Verhältnisse. Die Dividenden z. B. in der Textil-, Bergwerks- und Eisenindustrie sind größer als in allen Vorjahren, und wie sehr diese Fluthwelle im Steigen begriffen ist, zeigen die Zahlen unserer Ein- und Ausfuhr, von denen die Ausfuhr z. B. von 1894 auf 1895 eine Steigerung um 15 Prozent aufweist. Und diese Steigerung bezieht sich auf fast alle Industrien, fast alle Positionen des Zolltarifs nehmen Theil daran. Sobald man aber die Frage stellt, was aus dieser steigenden Bewegung für die Arbeiter für Vortheile erwachsen sind, so wird das Bild ein ganz anderes. Sehen wir von einzelnen Etablissements ab, so kommen höchstens die Bauhandwerker da und dort in Betracht, die nach langen und schwierigen Kämpfen den neunmüthigen Arbeitstag errungen haben. Die Kämpfe der übrigen Arbeiter sind zum größten Theil erfolglos gewesen. Gerade da, wo die Dividenden am höchsten sind, in der Bergwerks-, der Eisens-, der Textilindustrie, in den Staatsbetrieben vor allem, wo der Achtstundentag ohne alle Schwierigkeiten durchzuführen wäre, sind heute die Arbeiterverhältnisse vielfach noch ungünstiger, als vor Eintreten des Niederganges, dem der jegige Aufschwung gefolgt ist.

Das ist es ja eben — die Unternehmer halten sich sofort an den Arbeitern schadlos, wenn es einmal bergab mit ihnen geht. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wollen aber die Arbeiter an der steigenden Konjunktur Theil nehmen und ihren bescheidenen Antheil daran im Vorkampfe erfrierten, so kommt sofort der Staat mit seiner Klaffengesetzgebung, mit dem Polizeiknüppel, und fällt den Arbeitern in ihrem Kampfe um die Verkürzung der Arbeitszeit und Erhöhung der Löhne in den Rücken; er sichert damit den Unternehmern die Ausbeutung. Wir haben das ja beim Bergarbeiterausstand gesehen und nicht minder bei den Maiseiern, wo sich die Polizei direkt in den Dienst der Unternehmer stellte und mit Trümpfen reguliren ließ.

Handelt es sich um eine nachhaltige Besserung, wie den Achtstundentag, so heißt es bestenfalls, daß da doch nur auf dem Wege der internationalen Vereinbarung etwas zu erreichen wäre. Wir halten das nur theilweise für richtig. Auch wir sind ja durchaus für internationale Vereinbarungen, wir sind dafür schon 1868 und 1869 eingetreten; wir können uns rühmen, von jeher mit aller Kraft für die internationale Regelung des Arbeiterschutzes eingetreten zu sein. Aber wir vertreten auch ferner die Auffassung, daß der beste Weg der internationalen Regelung der ist, daß auf nationalem Boden die nothwendige Voraussetzung dafür geschaffen wird, und daß das gute Beispiel schon Nachahmung finden wird.

Aber in Wirklichkeit sind wir trotz aller Ruhmredigkeit auf der einen und trotz aller heuchlerischen Heulmeierei auf der anderen Seite dem Ziel noch nicht um einen Schritt näher gekommen. (Sehr richtig! links.) Es wird bei uns fortwährend von Sozialreform geredet, aber nichts gethan; eine ganze Reihe benachbarter Industriestaaten haben uns längst überflügelt; Oesterreich, England, die Schweiz, Norwegen sind mit der gesetzlichen Regelung der Arbeitszeit vorausgegangen, und wenn es so weiter geht, so kommt es wohl noch dazu, daß Rußland uns überflügelt. Diejenigen, die immer die internationalen Vereinbarungen als unabweisbar in den Vordergrund stellen, sind immer auch zugleich die, die sich dem Ausbau des Arbeiterschutzes im Innern am meisten in den Weg stellen. Diese heimliche Liebe für das Internationale hat eine verächtliche Nechtheit mit der Stumm'schen Liebe zu den Arbeiterorganisationen.

Es geht da ähnlich wie mit der Stellung der bürgerlichen Parteien gegenüber den Gewerkschaften. Immer beziehen sich die Unternehmer auf die englischen Gewerkschaften als Gegner der gesetzlichen Regelung der Arbeitszeit; versuchen wir die Sache aber in derselben Weise wie die englischen Gewerkschaften ohne gesetzliche und staatliche Hilfe auf dem Wege der Selbsthilfe durchzusetzen, dann ist das Urtheil ein ganz anderes, dann wird nach Herzenslust geschimpft, und immer marschirt die Verufung auf die Gewerkschaften nur auf, wenn es in Wahrheit gilt, die Bestrebungen der Arbeiter zu unterdrücken. Es sollen sich jetzt ja auf eine Einladung der Schweizer Regierung zu einer neuen Arbeiterschutzkonferenz die meisten Regierungen ablehnend verhalten haben; es wäre interessant, bei dieser Gelegenheit zu erfahren, welche Regierungen das gewesen sind, und wir würden gern Auskunft erhalten über die Antwort der deutschen Regierungen, die seiner Zeit ja selbst die Berliner Konferenz einberufen haben. Freilich diese Konferenz ging aus wie das Hornberger Schießen und es wurde viel Wasser in den sozialreformistischen Wein geschüttet, wie Bismarck sagte. Aber eine ganze Reihe von Staaten ist uns mit der Einführung des Achtstundentages vorangegangen und die dabei gemachten Erfahrungen haben alle gemachten Einwendungen glänzend widerlegt, auch da, wo zunächst eine höhere Begrenzung eingeführt wurde, wie in England bei der zehnstündigen Frauenarbeit. Es ist kein Zweifel, daß die Durchführung auch bei uns auf keine Hindernisse stoßen würde und sich als außerordentlich segensreich erweisen würde.

Die vom Zentrum beantragte Arbeitswoche von 63 Stunden ist noch zu viel; aber diese Partei sieht doch ein, wie nothwendig die Beschränkung der Arbeitszeit ist. Aus den Berichten der Fabrikinspektoren läßt sich ein Bild gewinnen über den Umfang der jetzt geltenden Arbeitszeit und über die segensreichen Wirkungen einer Verkürzung; fast alle Inspektoren sind einig hinsichtlich des Uebermaßes der Arbeitszeit. In Köln wird in 61 Prozent aller Betriebe über 11. in 57 Proz. über 12 Stunden gearbeitet, so ist es überall.

Der Koblenzer Fabrikinspektor konstatirt, daß im Müllereigewerbe auf 63 Stunden Arbeitszeit nur 19 Stunden Ruhe kommen. Wer da nicht nach gesetzlicher Regelung der Arbeitszeit schreit, der kann sich offenbar gar nicht vorstellen, wie erbarmungswürdig sich die Zustände gestaltet haben. Wenn da eine Regierung, die heftigst das Wort Sozialreform im Munde führt, nicht die besternde Hand anlegt, so sollte sie sich künftighin wirklich hüten, das Wort Sozialreform noch einmal auszusprechen.

Einzelne Fabrikinspektoren bezeichnen als das nächste Ziel die 11stündige Arbeitszeit. Sie meinen, eine größere Verkürzung sei nicht angängig, weil gegenwärtig die Frauenarbeit auch auf 11 Stunden beschränkt ist. Nun, um dieses Argument zu beseitigen, braucht man ja nur die

Maximalarbeitszeit für Frauen gesetzlich zu verkürzen. Der Fabrikinspektor für Hessen II tritt aber ausdrücklich für eine 10stündige Arbeitszeit ein, da wie er sagt 84 Prozent der Betriebe seines Bezirkes schon die 10stündige Arbeitszeit eingeführt haben. Der Sprung von 10 auf 8 Stunden ist also gar nicht so groß, daß wir ihn nicht unsererseits verantworten könnten. Angesichts solcher Thatfachen sollte eine Regierung, die uns gegenüber stets so rühmredig von der Liebe zu den Arbeitern redet, wirklich einmal in dieser Frage energisch vorgehen. Aber freilich, die Februar-Erlasse gelten nicht mehr, seitdem unsere Sozialpolitik vor den Unternehmerforderungen vollständig kapitulirt hat und man sich sogar entschuldigt hat wegen der Beurlaubung der Industrie. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Wie liegen die Dinge nun thatsächlich. Sehen wir von den rückständigsten Betrieben, dem Bäckerei- und Müllereigewerbe und den Handelsangestellten ab, über die uns der Bericht der Hamburger Handelskammer erzählt, daß die Mehrzahl 14—16 Stunden arbeitet und erst um 9 Uhr, ja um 10 Uhr Ladenschluß habe, so finden wir in den Hauptindustrien die 10stündige Arbeitszeit. Die Staatsbetriebe machen natürlich eine Ausnahme! Die Reichsdruckerei, die 1 1/2 Millionen Ueberfluß hat bei einem Etat von 6 Millionen, die Postverwaltung, die Millionenüberschüsse erzielt, sie heuten ihre niederen Angestellten länger aus, ebenso ist es bei den preussischen Staatsbahnen. Wenn man wissen will, woher diese Ueberflüsse zum Theil wenigstens kommen, braucht man bloß einen Blick auf die Ausbeutung der niederen Angestellten zu werfen, auf die Bahnwärter und Weichensteller, denen es am schlimmsten geht, von denen nur ein geringer Prozentsatz weniger wie 10—12stündige Arbeitszeit hat. Anders ist es bei den Werkstättenarbeitern, die wie in den Hauptindustrien eine 10stündige Arbeitszeit haben.

Wenn wir nun konstatiren, daß Tausende von Arbeitern 15—16 Stunden arbeiten in Betrieben, die Millionen Ueberflüsse bringen, in Betrieben, die nach dem feierlichen Versprechen des Kaisers vor 7 Jahren Musterbetriebe werden sollten, so können wir sagen: Ja, es sind Musterbetriebe geworden für die rückständigste Ausbeutung. Jetzt wo sich die Eisenbahnarbeiter regen, rufen die Unternehmer schon nach Polizei und Militär, um diesem staatsgefährlichen Beginnen entgegenzutreten. Es handelt sich beim 8stündigen Arbeitstag um eine Verkürzung von 2 Stunden bei der Mehrzahl der Betriebe. In anderen Staaten sind gleich große Sprünge gemacht worden. In England fiel die Verkürzung der Arbeitszeit von 12 Stunden auf 10 Stunden sogar in eine Zeit wirtschaftlichen Niederganges, und nach der Versicherung eines bürgerlichen Nationalökonomens sind die Erfahrungen damit durchaus günstig gewesen.

Wo der Achtstundentag auch eingeführt worden ist, da hat er sich bewährt und zahlreiche Nachahmer gefunden. England, das industriell entwickelteste Land, liefert hierfür die bündigsten Beweise. Alle Erfahrungen, die dort mit dem Achtstundentag gemacht worden sind, widerlegen jedes Bedenken. Redner nennt eine große Reihe hervorragender Industrieller, die den Achtstundentag in ihren Betrieben eingeführt haben. Ueberall lautet das Ergebnis: in der kürzeren Zeit wird mehr Arbeit als früher geleistet und die Produktionskosten vermindern sich. Nachdem in der Privatindustrie so günstige Erfahrungen gemacht waren, folgten auch die öffentlichen, die Staats- und Kommunalwerkstätten nach. Der Londoner Grafschaftsrath schrieb den Unternehmern, die Arbeiten für die Stadt ausführen, den Achtstundentag vor. Als sich 1894 bei den Kanalbauten in London die Unternehmer weigerten, diese Bedingung zu erfüllen, übernahm die Stadt den Bau in eigene Regie, führte den Achtstundentag ein, zahlte 6 Pence Lohn für die Stunde und gab statt 6 Millionen, die der Bau sonst gekostet hätte, nur 3 1/2 Millionen aus. (Hört! hört! links.) In den Militärwerkstätten und in den Arsenalen wurde der achtstündige Arbeitstag eingeführt. Diese Erfahrungen waren so günstig, daß die Admiralität dem Beispiele folgte. Im letzten Jahresbericht der englischen Postverwaltung ist mitgetheilt, daß der probeweise Versuch der Einführung des Achtstundentages erfolgreich ausgefallen ist. Es wurde ebensowohl Arbeit wie früher in 9 Stunden geleistet und die Leute hatten den Vortheil. Angesichts eines solchen Vorgehens der englischen Verwaltung muß der spießbürgerlich-kleinräumerische Gesichtspunkt unserer Regierung in dieser Frage, muß die zurückgebliebene Murrerei in unseren Staatsbetrieben um so mehr in die Augen springen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Es ist eine alte Erfahrung: wenn der Staat vorangeht, folgen die einmüthigen Unternehmer nach. In Norwegen besteht der neunmüthige Arbeitstag in den Regierungswerkstätten. Das glänzendste Beispiel, den durchschlagsbieten Beweis für den Achtstundentag aber liefert Australien. 1891 war dort schon in 60 Industriezweigen der Achtstundentag eingeführt; seit 13 Jahren besteht er auch für die Bäckerei, während bei uns der zehnstündige Normalarbeitstag für die Bäcker mit Ach und Krach eingeführt ist und vielfach durchlöchert wird. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Der Achtstundentag ist durchaus nicht eine speziell sozialdemokratische Forderung. Einmüthige Fabrikanten und Sozialpolitiker verlangen ihn seit einer halben Menschentaler. Ihre sozialdemokratische Färbung hat die Forderung gewissermaßen erst erhalten, seit der internationale Kongreß zu Paris den Achtstundentag forderte und durch die Maiseier eine besondere Agitation für ihn entfaltet wurde. Für uns kommt folgender Gesichtspunkt in Betracht: je mehr freie Zeit die Arbeiter für ihre Familie, für Erziehung, Erholung und Fortbildung haben, um so widerstandsfähiger werden sie gegen die Ausbeutungsgeleüste der Unternehmer und um so energischer kämpfen sie für die endgiltige Befreiung der Arbeit. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Dagegen glauben auch in unseren Reihen viele, und ich gehöre dazu, nicht daran, daß durch den Achtstundentag die Reservearmee wesentlich vermindert werden kann. Durch die Verminderung der Arbeitszeit wird das Quantum der Produkte nicht verringert, sondern in vielen Fällen erhöht. Der Einwand der Undurchführbarkeit kann dem Achtstundentag gegenüber nicht aufrecht erhalten werden. Es ist verfehlt, zu sagen: was für England, Australien und Amerika möglich ist, ist noch lange nicht in Deutschland möglich. Auch in Deutschland haben wir praktische Erfahrungen über die Wirkungen des Achtstundentages in der Industrie. Redner nennt einige Unternehmungen, in denen der Achtstundentag

eingeführt ist und verweist auf die sozialdemokratischen Druckereien in Hamburg und Stuttgart, die den Achtstundentag haben. Nicht ein Unternehmer ist zu nennen, der durch den Achtstundentag bankrott geworden ist.

Ein anderer Einwand gegen den Achtstundentag ist folgender: Was haben die Arbeiter von der vielen freien Zeit? Sie gehen doch höchstens in die Kneipen und vertrinken ihren Lohn. Ich stehe auf dem Standpunkte: selbst wenn das wahr wäre, so ginge es die Unternehmer gar nichts an, denn diese geben auch ihren Arbeitern nicht Redenshaft darüber, was sie mit ihrer freien Zeit anfangen (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten) und die haben sie in ganz anderem Umfange, als die Arbeiter. Es ist aber gar nicht wahr: überall sehen wir bei verkürzter Arbeitszeit das Lebens- und Bildungsniveau der Arbeiter steigen. Die Erfahrungen, die in England und Amerika damit gemacht worden sind, sagen: je mehr die Arbeitszeit verkürzt wird, desto mehr Schänken müssen geschlossen werden. Marx konnte mit Recht die Wiedergeburt der englischen Arbeiterklasse von den Fabrikgehehen an datiren. Damit glaube ich alle Einwendungen gegen den Achtstundentag erledigt zu haben. Für ihn haben sich alle aufrichtigen und einmüthigen Sozialpolitiker und unzählige Männer der Wissenschaft erklärt.

Auf der Tagesordnung des internationalen Kongresses für Hygiene und Demographie, der vor zwei Jahren in Budapest stattfand, stand der Achtstundentag. Der Vorsitzende hatte beabsichtigt, einen Nationalökonom und einen Fabrikarzt über dies Thema sprechen zu lassen. Es stellte sich aber als unmöglich heraus, einen deutschen Fabrikarzt zu einem Vortrag über dies Thema zu veranlassen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Gegen den Achtstundentag wollte kein Arzt aus Gründen der Wissenschaft sprechen, für ihn keiner aus Furcht vor seinem Brodherrn!!! Ist es da nicht erklärlich, wenn sich der Arbeiter Mißtrauen und Mißachtung für die Vertrauensärzte der Berufsvereinigungen entwickelt? (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Der Budapestter Kongreß hat sich übrigens rückhaltlos für den Achtstundentag ausgesprochen! Seine Beschlüsse sind freilich auf dem Papier stehen geblieben.

Im August 1889 wurde in Paris vom internationalen Arbeiterkongreß schon die Forderung des Achtstundentages gestellt. 1890 begann in Deutschland mit der Verufung des Herrn von Berlepsch die Ära der Sozialreform, und am 4. Februar, also vor 7 Jahren, erschienen die kaiserlichen Erlasse, die ausdrücklich auf die Wünsche und Klagen der Arbeiter Bezug nahmen und feststellten, es sei eine der Aufgaben der Staatsgewalt, die Zeit, die Dauer und die Art der Arbeit so zu regeln, daß die Erhaltung der Gesundheit, die Gebote der Sittlichkeit und die wirtschaftliche Existenz des Arbeiters gewahrt werde. Daß damit direkt auf den Achtstundentag Bezug genommen wird, unterliegt gar keinem Zweifel. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Heute aber steht es ganz anders. Heute ruft man den weltfälligen Kohlenbaronen nicht mehr zu, sie sollten sich nicht einbilden, daß die Arbeiter das Dissektionsobjekt für die kapitalistischen Interessen seien: heute fordert man die Unternehmer in Hamburg auf, den kräftigsten Widerstand gegen die Bräutereien der Arbeiter zu leisten (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten) und heute kann dem Vertreter der brutalsten Unternehmerinteressen die rühmende Aeußerung in den Mund gelegt werden, er reise jetzt nach Berlin, um den Kaiser scharf zu machen. (Unruhe und Widerspruch rechts.) Die Erlasse des Jahres 1890 tragen die kaiserliche Unterschrift. In einem Kaiserwort soll man ja wohl nicht drehen und deuteln. Das gegenwärtige System hält sich nicht an dieses Kaiserwort. Ich will nicht von Wortbruch reden und mich aller scharfen Ausdrücke enthalten. Aber von Nichterfüllung der kaiserlichen Verheißungen kann man wohl reden, und es ist Ihre Pflicht, sie zur Wahrheit zu machen, indem Sie unserem Antrag zustimmen, zum Wohle Deutschlands und der deutschen Arbeiterschaft. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Bekanntmachung.

Um verschiedenen Mißständen in Bezug auf die Arbeitergesunde in unserem Verbandsorgan zu begegnen, versuchen wir die Ortsverwaltungen, Bevollmächtigten z., die in unserem Organ annoncirenden Firmen einer genaueren Prüfung zu unterziehen und der Redaktion sofort irgend welche Anstände gegen dieselben zu unterbreiten. Es soll in letzter Zeit mehrfach vorgekommen sein, daß einige Inserate weniger den Zweck hatten, Arbeitskräfte zu erlangen, sondern der Heilame dienten. Die Redaktion ist nie in der Lage, dies festzustellen, wenn sie nicht von den Mitgliedern davon unterrichtet wird. Darum ist es Pflicht jedes Mitgliedes, diese Inserate genau zu überwachen und etwaige Anstände und Mißstände den zuständigen Ortsverwaltungen mitzutheilen. Es ist dies schon im Interesse des Verbandes nothwendig, weil dadurch Heißgelber für Touren, die auf irgend welche Heilame-Annoncen und Engagements hin seitens der Mitglieder gemacht werden, bei ausreichender Kontrolle dem Verband erspart bleiben könnten.

- Folgende Mitgliedsbücher sind ungültig und aufzuhalten:
- Nr. 11132 des Klembuers Max Schulte, geb. zu Chemnitz am 11. August 1871.
 - 45325 des Schlägers Georg Berger, geb. zu Fürth am 10. September 1876.
 - 56880 des Schlossers Rudolf Ferdinand, geb. zu Budau am 19. Januar 1876.
 - 71458 des Drehers Max Bachmann, geb. zu Birkigt am 14. März 1871.
 - 74962 des Schlossers Wilhelm Ostmann, geb. zu Bielefeld am 19. Januar 1869.
 - 99572 des Formers Ferdinand Stock, geb. zu Halle a. d. Saale am 16. Febr. 1851.
 - 108916 des Schlägers Andreas Fuß, geb. zu Fürth am 26. Juni 1874.
 - 122530 des Schlossers Robert Rappika, geb. zu Leipzig-Heuditz am 12. März 1875.
 - 142835 des Werftarbeiters Johannes Knack, geb. zu Altona a. d. Elbe am 3. März 1876.

182037 des Elektrikers Ernst Schmidt, geb. zu Hamburg am 5. Oktober 1875.
182323 des Schlossers Karl Soltan, geb. zu Hamburg am 4. Januar 1867.

Ausgeschlossen wird nach § 3 Abs. 7a des Statuts auf Antrag der Verwaltung Magdeburg. Zettler der Klempner, wegen unkollegialen Benehmens gelegentlich entstandener Differenzen mit dem Unternehmer der Klempner Paul Dünnhaupt, geb. am 8. August 1846 zu Bergenfeld, Buch Nr. 141 170.
Aus dem gleichen Grunde nicht wieder aufzunehmend ist der Klempner Edwin Otto, geb. 20. November 1871 zu Müslin i. Sachsen, B. Nr. 49 610.

Der Maschinenschloßer Hans Bickel, geb. am 17. April 1879 zu Nürnberg, Buch Nr. 116 608, hat in Hannover (neun) ihm anvertrauter Gelder unterzulegen und wird hierdurch aufgefordert, dieselben sofort zurückzahlen, andernfalls er ausgeschlossen wird. Die Verwaltungen werden ersucht, ihm diese Warnung mit der Aufforderung zur Mediation im Streitverhältnisse zur Kenntniss zu bringen. Er soll sich nach Nürnberg gewandt haben.

Alle für den Verband bestimmten Geldsendungen sind nur an Theodor Werner, Stuttgart, Heckerstraße 169/17, zu richten, und ist auf dem Postjahrschnitt genau zu bezeichnen, wofür das Geld vereinnahmt ist. Mit kollegialem Gruß Der Vorstand.

Gewarnt wird vor dem Former Johannes Fleck, geb. zu Mundenheim, weil er einem Verbandskollegen ein Kleidungsstück entwendet und mit Logischschulden durchgegangen ist.

Der Former Karl Wienands, Buch Nr. 107 553, geb. am 21. Dezember 1850 zu Aachen, wird hierdurch aufgefordert, seine Schuld an die Verwaltung in Oberfrank zu entrichten.

Abrechnung der Hauptkasse pro Februar 1897.

Einnahme: Kassenbestand Ende Januar 6078,91. Von Altenburg 400, Altona 350, Altwasser 23, Apenrade 26,18, Barmen 35, Beuthen 4,80, Brandenburg 200, Braunschweig, Schlosser 100, Breslau 100, Cainsfurt 100, Gassel 500, Chemnitz 900, Köln a. Rh.-Nord 15,81, Crumfahne 30, Delmenhorst 15, Dessau 70, Dresden-A. 350, Dresden-N. 180, Duisburg 44,73, Durlach 300, Düsseldorf 350, Eilenburg 60, Eibitz 79, Fachsenheim 58,72, Hildesheim 150, Frankfurt a. M. 300, Greiberg i. S. 80, Freiburg i. Br. 50, Fürstentum 9, Freya 100, Grahau 50, Grotzsch 12, Gutzrow 100, Hamburg: St. Georg 100, Werftarbeiter 550, Hannover 200, Harburg 190, Heidelberg 50, Hildesheim 30, Hof i. Bay. 14,52, Herbolz 50, Königsberg, Klempner 15, Landsberg 13,80, Leipzig: G. 700, Ost 280, West 600, Klempner 75, Simbach 40, Linden 100, Pippstadt 20,29, Ufenwalde 60, Magdeburg: Sudenburg 200, Wilhelmstadt 100, Mannheim 200, Markt Redwitz 52,76, Meißen 82,36, Neudorf 50, Minden 60, Mittweida 40, München, Zimmigier 63,30, Neuenburg 73,80, Neuzell a. d. E. 18, Neustadt a. d. Orla 14,80, Nordhausen 50, Nürnberg, Rothgießer 150, Offenbach 300, Odesloe 30, Osnabrück, Former 60, Osterwieck a. Harz 15, Pirna 100, Quecklinburg 120, Rathenow: Brillen- und Pincenezarbeiter 200, Einshleifer 110, Prische Chausseearbeiter 60, Rostock 200, Spandau 18,48, Spreer 50, Schleiz 59,77, Schwelm 50, Stettin 150, Stralsund 60, Strassburg i. Elz. 50, Stuttgart: Former 83, Dpheim 81,75, Varel 10, Vegeack 30, Wandsbeck 21, Wilhelmshaven-Barr 260, Wilsenbützel 39,55, Zeitz 200, Einzelmitglieder der Hauptkasse 200, Sonstige Einnahme: Für Gratzbücher 2, Reichsbücher 3, Zurückgezahlte Schuld von: J. Kemp, Gießen 20, Desgl. von W. Blumwedel, Berlin 7,10, Sonstige Einnahme 2,70, Summa 19 229,03.

Ausgabe: Neuzeitliche Metallarbeiter-Zeitung 3400, Druckarbeiten 102,50, Druckmaschinen 121,25, Buchdruckstempel 13,30, Gehälter der Bureaubeamten 450, Hilfsarbeit 336, Mantelgeld an den Hauswart 10, Unterhaltung nach § 2c 52, Angelegt 5 000, Agitation 250, Revision der Hauptkasse 3, Revision der Verwaltungsjahres 45,80, Beitrag zur Kranken-, Alters- und Invaliditätsversicherung 11,80, Post- und Schreibmaterial 142,80, Bureauunterhaltung 8, Porto laut Buch 128,64, Sonstige Ausgaben 390, Zuschüsse nach: Sammtat. Former 350, Eisenach 30, Ubeß 1500, München, Former 900, Worms 25,92, Sa. 12 938,81.

Bilance. Einnahme 19 229,03 Ausgabe 12 938,81 Kassenbestand 6 290,22

Die Verwaltungsbeamten werden hierdurch dringend ersucht, vorstehende Abrechnung zu prüfen und über etwaige Fehler sofort zu berichten. Der Vorstand.

Korrespondenzen.

Former. Altenburg. Achtung Former! Die Former in der Eisenindustrie (Schmiedearbeiter) der Firma Köhler's Söhne, hier, haben jenseitlich die Arbeit gekündigt. Sie sind ihr Einverständnis mit dem, das früher bei war und jetzt bejahlt werden muss, wieder frei haben wollen. Sind die Verhandlung nicht bewilligt, so legen sie Sonnabend, 13. März, die Arbeit nieder. Da die Firma der Meinung ist, genügt Arbeiter zu bekommen, so ist es nun Pflicht zu beweisen, dass die Firma die Rechnung ohne die Arbeiter gemacht hat. Der Zugang nach genannter Firma ist auf's strengste fern zu halten.

Klempner. Breslau. Am 28. Februar hielten die Klempner eine öffentliche, von 250 Kollegen besuchte Versammlung in der „Kaiserburg“ ab. Der wichtigste Punkt der Tagesordnung war: Bericht der Logenkommission über die mit den Arbeitgebern verhandelten Verhandlungen. Zunächst wurde die Beschlüsse der Logenkommission über die mit den Arbeitgebern verhandelten Verhandlungen, welche durch einstimmig angenommen wurden. Derselben sind: 1. Ein Minimumlohn von 30 Pf. pro Stunde für jeden Arbeiter über 21 Jahre. 2. Für auszuführende Montagearbeiten, bei welchen der Arbeiter auszuführen ist zu überarbeiten, eine Zulage von mindestens 1 Pf. pro Tag. 3. Für Überstunden und Sonntagsarbeit eine Zulage von 10 Pf. pro Stunde. 4. Die Arbeitszeit darf nicht 64 Stunden pro Woche übersteigen. Nachdem der Vorsitzende die Kollegen ermahnt hatte, im Namen für Mann dem Deutschen Metallarbeiter-Verband anzuschließen, um in einer günstigeren Konjunktur bessere Arbeitsbedingungen zu erlangen, schloß er die wichtige Versammlung.

Hamburg. Section der Klempner. Versammlung am 2. März. Zur Generalversammlung wird eine Stichwahl vorgenommen und von drei Kandidaten sind zwei zu wählen. Zu „Unser Lehntarif“ erwirbt der Vorsitzende nochmals ein Bild über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse unserer Branche hier an Ort und legt, dem Beschluss der vorigen Versammlung nachkommend, einen Fragebogen zur Erhebung einer Lohn- und Arbeitsstatistik vor. Nach längerer Debatte wird eine Kommission von 8 Mann gewählt, welche der nächsten Versammlung einen neuen Fragebogen vorlegen, eventuell deren weitere Beschlüsse in dieser Sache auszuführen soll. Auf Anregung soll in nächster Zeit eine öffentliche Versammlung einberufen werden. Zum Weiteren wird der Vorstand beauftragt, mit der Section der Schlosser in Verbindung zu treten zwecks Uebernahme des dritten Dienstags im Monat, an welchem die betreffende Section ihre Versammlungen abhält. Zu einer Mittheilung des Kassiers, nach welchem ein Mitglied trotz mehrfacher Mahnung gewissen Verpflichtungen dem Verband gegenüber nicht nachkommt, wird beschlossen, das Mitglied per eingeschriebenem Brief aufzufordern, innerhalb 14 Tagen seinen Verzögerungen nachzukommen, widrigenfalls gerichtlich vorgegangen werden soll. Vom Bibliothekar wird die Abrechnung über die Einnahmen und Ausgaben der Bibliothek vorgelesen und das bestehende Defizit von 3,85 Pf. aus der Ortskasse bewilligt. Hierzu wird von Sch. angeführt, daß die Benutzung unserer Bibliothek zurückgegangen sei und wünscht derselbe, daß unsere Bibliothek, welche eine große Anzahl der besten Werke wirtschaftlichen und sozialpolitischen Inhalts besitzt, in diesem Jahre eifrig benutzt wird. Auf Antrag wird einen anwesenden zugereichten Kollegen 3 Pf. bewilligt und hierzu ein Antrag angenommen, nach welchem in Zukunft solche Gesuche an den Vorstand zu richten sind.

Ashaffenburg. In der am 27. Februar abgehaltenen Versammlung waren von 48 Mitgliedern nur 12 anwesend. Wann werden die Kollegen einsehen, daß dadurch kein Fortschritt für uns möglich ist? Es muß einmal gebrochen werden mit dem Schlenker; deshalb rufen wir Euch zu: erseht pünktlich in den Versammlungen, damit auch etwas erreicht werden kann. Bochum. Wegen Differenzen in der Bezug von Schmieden, Kunst- und Barockeisen nach Hefede bei Bochum, Firma G. Müller, irrgünstig fern zu halten. Berlin. In der am 21. Februar in Kohn's Zeithaus stattfindenden außerordentlichen Mitgliederversammlung der Verwaltung Berlin war als Hauptpunkt die Wahl der Delegierten auf der Tagesordnung. Vor Beginn der Wahl fand eine sehr lebhaft Debatte über die Delegirten und namentlich über einen Antrag, denselben pro Tag 10 Pf. zu bewilligen, statt. Es wurde jedoch allseitig betont, daß der im Statut vorgeschriebene Satz von 8 Pf. vollkommen genüge. Auf Betragen erklärten sich noch alle Kandidaten gegen die Arbeitslosenunterstützung. Beim 2. Punkt, Arbeitsnachweis, wurde bekannt gegeben, daß durch die Auflösung des Fachvereins der Klempner zu Gunsten des D. M. V. auch deren Arbeitsnachweis an uns übergeht. Durch Annahme folgenden Antrages wurde dieser Punkt erledigt: Die heutige Versammlung erklärt sich mit den Bedingungen der Klempner betr. Arbeitsnachweis einverstanden und beschließt, den Arbeitsnachweis allmählich auch auf andere Branchen auszuweihen. Hieran wurde bekannt gegeben, daß das von dem verworbenen Kassierer hinterlassene Manuskript vollständig durch Mänder Bibliothek gelebt ist, jedoch nach bisheriger Ueberlieferung ein Manus im Kartenschatz vorhanden ist. Der von der Ortsverwaltung promotorisch eingeleitete Kassierer wird auch von der Versammlung als vorübergehender Kassierer anerkannt. Von der Ortsverwaltung wird nun dargelegt, daß ihr vom Hauptverband und zwei Mitgliedern der Agitationskommission bei den in letzter Zeit stattgefundenen Verhandlungen mit dem Generalverband nicht das Vertrauen entgegengebracht wurde, welches die Ortsverwaltung als beständige Vertretung des Verbandes in Berlin zu beantragen ein Recht habe, und daß aus diesem Grunde der Rücktritt erfolge. Nach längeren Auseinandersetzungen zwischen Ortsverwaltung und Agitationskommission gelangte folgende Resolution einstimmig zur Annahme: Die Versammlung spricht der Ortsverwaltung ihr volles Vertrauen aus und macht es der Agitationskommission zur Pflicht, ihre Thätigkeit für Berlin einzustellen, die hiesige Agitation vielmehr der Ortsverwaltung zu übertragen, keine sonstiger jedoch in der Provinz zu agieren. Da die Ortsverwaltung demnach das für sie Verantwortliche, das Vertrauen der hiesigen Mitglieder, besitzt, wurde eine Resolution überhört, sondern nur für einen Monat eine solche vorgenommen.

Metall-Arbeiter.

Breslau-Alte. Die am 28. Februar stattgehabene öffentliche Versammlung der hiesigen Metallarbeiter wurde von dem Vorstand vorübergehend als Arbeitslosenunterstützung. Da jedoch von einer Einberufung derselben, in Folge der vielen Stimmen, welche sich in letzter Sitzung dagegen erhoben haben, wohl kein Erfolg zu erwarten war, wurde auf Vorschlag des Kollegen Haaf von einer Deputation über diesen Punkt abgesehen. Der in der vorstehenden Versammlung genehmigte Antrag, die Arbeitslosenunterstützung abzuschleppen, wurde einstimmig angenommen. Eine lebhaft Debatte entwickelte sich darüber, wegen ein diesbezüglicher Antrag nicht vorliegt. Doch ist die Arbeitslosenunterstützung in ihrer jetzigen Höhe erhaltbar oder ganz fallen gelassen werden sollte. Die Debatte, welche gegen die Arbeitslosenunterstützung forehen, betonte, daß es besser sei, statt dessen die Beiträge zu erniedrigen, damit es der großen Masse möglich wäre, der Organisation beizutreten, um sie zu stützen für unsere Sache herauszubilden, nicht aber aus der Organisation eine Unterstützungskasse zu machen. Die Redner, welche dafür sprachen, hoben besonders die humanitäre Seite der Arbeitslosenunterstützung hervor. Die Majorität erklärte sich gegen die Arbeitslosenunterstützung. Eine scharfe Kritik seitens des Kollegen Haaf fanden die Bedingungen, welche der Berliner Metallarbeiter-Verband behufs seines Uebertrittes in den Deutschen Metallarbeiter-Verband gestellt hat. Kollege Haaf führte an, daß die wirtschaftliche Entwicklung die Berliner mit der Nase darauf gedrückt, daß es notwendig sei, sich dem großen Ganzen anzuschließen, sie wollten aber nun für sich eine Extramasse gebraten haben. Durch Annahme der gestellten Bedingungen würde der Verband wohl die Lasten auf sich nehmen, aber dreinzureden hätte er den Berlinern nichts. Das Reklamé seiner Ausführungen war: Gleiche Rechte, gleiche Pflichten für Alle! Unter „Gewerkschaftlichem“ brachte ein Kollege Mißstände aus den Fabriken von Karl Meißner und hauptsächlich von Paß und Selner zur Sprache. Besonders reizte er das Zwischeneinstufen in genannter Fabrik, die Lohnzahlungen, die bis jetzt in einer Gastwirtschaft stattgefunden haben und die sanitären Verhältnisse. Für Lampenzyllinder, welche anderswo 3 Pf. kosten, müssen 10 Pf. bezahlt werden, für eine Vorseile, welche man im Geschäft für 35 Pf. kauft, werden 85 Pf. abgezogen usw. Ein Antrag dieses Kollegen, in der nächsten Versammlung mit der Tagesordnung: „Mißstände in der Metallindustrie“ eine Kommission zur Aufhebung derselben zu wählen, wurde einstimmig angenommen. Da die Versammelten keine Lust hatten, einige persönliche Reibereien zwischen etlichen Klempnern länger mit anzuhören, wurde der wahre Sachverhalt kurz klar gestellt und darauf die ziemlich gut besuchte Versammlung mit dem Appell des Vorsitzenden, stets kräftig für den Verband zu agitieren, geschlossen. Greiz. In der Mitgliederversammlung am 22. Febr. sah sich der Bevollmächtigte genöthigt, die jetzt sich gar so weit machende Interesslosigkeit der hiesigen Kollegen einer scharfen Kritik zu unterziehen. Er führte aus, daß bloß durch die Nachlässigkeit der Kollegen es dem Kolporteur Otto Möhrke gelungen sei, sich mit 14,40 Pf. Verbandsgebern aus dem Staube zu machen, denn als der Bevollmächtigte Nachricht erhielt, daß Möhrke abgereist sei, ergab sich bei den sofort angestellten Nachforschungen, daß selbiger, nachdem er Feierabend gemacht hatte, sich noch zwei Tage in Greiz herumtrieb, ja sogar mit Verbandskollegen verkehrte. Vorwiegend hatte er bloß mit solchen Verbandskollegen verkehrt, die notorische Versammlungsschwänzer sind, diesen konnte er nun, weil sie eben über sein Treiben nicht unterrichtet waren, erzählen, daß er Greiz mit gutem Gewissen verlassen könne und seinen Verpflichtungen nachgekommen sei. Durch dieses Nichtinformirtsein der Kollegen war es ihm ein Leichtes zu verdrücken. Würden die Kollegen die Versammlungen regelmäßig besuchen, so würden sie auch gewußt haben, wie es um Möhrke stand. Ferner würden die Kollegen einsehen lernen, was für unzuverlässigen Elementen sie räumten ihr Vertrauen schenken. Auch sei hierbei die allzu große Vertrauensseligkeit und Leichtgläubigkeit der Kollegen mit erwähnt. Es ist hier bei den meisten Kollegen so Mist, daß, wenn irgend ein Kollege zugereicht kommt und schöne Worte machen kann, sie ihm unbedingt ihr Vertrauen zu Füßen legen, ergeben darauf wartend, bis sie ganz gehörig über den Köffel barbiert worden sind. Das ist grundverkehrt, nicht nach schönen Worten und süßen Schmeicheleien soll ihr urtheilen, nein, an ihren Thaten sollt ihr sie erkennen und darnach eure Handlungen einrichten. Die in letzter Zeit so stark auftretende Presssucht solcher Elemente beweist Euch das zur Genüge. Ist doch erst kürzlich ein vierblättriges Kleckblatt von hier bei Nacht und Nebel verschwinden unter Zurücklassung von 30 Pf. 75 Schulden, wobei die Ortskasse ganz empfindlich mit betroffen wurde. Es sind dies die Kollegen Aug. Böß, Feilenhauer, Edwin Sölle, Dreher, Otto Lorenz und Franz Schmidt, Schlosser. Sollte vielleicht einer von diesen irgendwo auftreten, so bitten wir umgehend um Nachricht. Daher, Greizer Metallarbeiter, ermahnt Euch, zeigt, daß Ihr nicht willens seid, Euch von solchen gewissenlosen Subjekten nachführen zu lassen, kommt regelmäßig in die Versammlungen und helfst mit bauen an dem Werke der Befreiung der Arbeit aus der Knechtschaft des Kapitals. Die hiesigen Verhältnisse sind keine derartigen, daß das Nichtbenutzen der Versammlungen damit entschuldigt werden könnte. — Bei Besprechung der Anträge zur Generalversammlung wurde beschlossen, den Delegirten zu ersuchen, möglichst dafür einzutreten, daß die Beiträge bei ihrer jetzigen Höhe bleiben und die Arbeitslosenunterstützung nicht eingeführt wird. Das Verhältnis zur Generalkommission soll aufgehoben werden. Dergleichen sollen die Arbeitergesuche in unserem Organ keine Aufnahme mehr finden und die Zeitung nach wie vor obligatorisch erscheinen.

Hamburg. Die Section der Werftarbeiter des D. M. V. hielt am 26. Februar in der „Konfordia“ eine Mitgliederversammlung ab. Zunächst wurden Gabe, Kalk, Müller und Kaus als Beisitzer zum Centralwahlkomitee gewählt. Sodann wurde zur Wahl der Delegirten geschritten und hierzu ein Komitee von 8 Personen gewählt. Das Resultat der Wahl ergab: Abgegebene Stimmen: 239. Davon erhielten: Zippel 219, Weinheber 208, Schulz 186, Köpfe 159, Siebert 56, Junge 38, Diedrich 24, Märcmann 13, Deisinger 11, Weiner 6. Dann wurden die Kollegen Zippel, Müller und Heller als Gewerkschaftsdelegirte gewählt. Zur Deckung der Kosten des Antrages für den erkrankten Genossen Budrus in Wilhelmshagen wurde eine Zellerammlung vorgenommen. Hieran wurde die Arbeitslosenunterstützung der Nieterwäzner bei Blohm & Foh zur Sprache gebracht und erklärt, daß vorläufig alle die Arbeit wieder aufnehmen und eine Kommission wählen würden, welche einen Lehntarif ausarbeiten und bei den Herren Blohm & Foh vorzulegen werden sollten. Es wurde noch getadelt, daß Struf, welcher nicht gemagregelt sei, Zwickauerunterstützung erwirgen habe. Schmiede. Nürnberg. Zweck dieser Zeilen soll sein, die Berufs-kollegen auf die Verhältnisse der Schmiede in Nürnberg und Umgebung aufmerksam zu machen. Die Arbeitszeit derselben beträgt seit Anfangs der sechziger Jahre, wo eine Bewegung stattfand, in der Stadt wöchentlich 67 Stunden.

Kost und Logis gibt es noch mit einzelnen Ausnahmen beim Meister. Dies bringt ohnehin mit sich, daß die Arbeitszeit nicht immer eingehalten wird. Ueberstunden werden jedoch in seltenen Fällen vergütet. Das Hauptübel ist jedoch, daß sich durch die Ausdehnung der Stadt viele Meister außerhalb derselben angesiedelt haben, bei denen meistens wöchentlich ohne wesentliche Pause 75—80 Stunden gearbeitet wird. Kost, sowie Logis läßt bei den Meistern viel zu wünschen übrig, ebenso ist die Bezahlung eine geringe. In Anbetracht alles dessen haben sich die Schmiede Nürnbergs entschlossen, um eine einheitliche Arbeitszeit herbeizuführen und nicht länger hinter anderen Berufen zurückzustehen, folgende Forderungen an ihre Meister zu stellen: 1. Abschaffung von Kost und Logis beim Meister. 2. Zehnjährige tägliche Arbeitszeit (wöchentlich 60 Stunden). 3. Einen Minimallohn von 16 M und Vergütung der Ueberstunden mit 20 Prozent vom Normallohn. — Wir hoffen unsere Forderungen, da sie bescheidene sind, ohne Kampf zu erringen, machen jedoch die Kollegen schon jetzt darauf aufmerksam, falls wir wider Erwarten zum Kampf gedrängt würden.

Feilenhauer.

Berlin. Die Feilenhauer und Berufsgenossen hielten am 4. März bei Scheps, Gerichtsstr. 10, eine öffentliche Versammlung ab. Es kamen die Zustände der Feiseler'schen Werkstatt, Elisabethufer 19, zur Sprache. Hauptsächlich die Preise der Feilen von der Danziger Artillerie-Werkstatt lassen viel zu wünschen übrig. Es betonten einige Kollegen, daß der Zustand bei der betreffenden Firma schon früher erfragt wurde, denn es ist daselbst gang und gäbe, daß es von den Danziger Feilen 36—40 Stück und zwar ziemlich die Hälfte Gefenfeilen auf den Zentner gibt. Dafür bekommt man 8 M. Einem Kollegen, welcher deswegen vorstellig wurde, antwortete man: „Die Danziger Feilen sind nur hier, um meine Leute zu beschäftigen, ich werde aber die Feilen in Menscheid machen lassen.“ Sechs Mann arbeiten noch. Zwei Kollegen wurden gemäßigelt, drei Kollegen legten darauf die Arbeit nieder. Zum Schluß wurde der Antrag, Peiseler aufzufordern, die gemäßigelten Kollegen wieder einzustellen, widrigenfalls die dort noch arbeitenden die Arbeit niederlegen, angenommen.

Hamburg-Gilbert. Die Lohnreduktion bei der Firma Krafft wurde zurückgenommen. Der Bezug ist wieder frei.

Gerichts-Zeitung.

Crimmitschau, 4. März. In Nr. 46 der „Deutschen Metallarbeiterzeitung“ vom 14. November v. J. wurden die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der hiesigen Dampfboilerfabrik F. Guttsche einer Besprechung unterzogen. Unter Anderem war darin gesagt, daß Schmiede mit 22 und Hilfsarbeiter mit 20 M pro Stunde abgelohnt würden; wie dieselben damit auskommen, kümmern die Herren nicht, wenn nur sie den Löwenanteil in der Tasche hätten. Die Behandlung seitens eines der Inhaber der Firma sowie des Meisters ließe mitunter zu wünschen übrig. Ferner war die Fabrik Eingang des Artikels „eine „Musterfabrik“ ersten Ranges“ genannt. Die drei Inhaber der Firma, die Gebr. Gottsch, Gustav Guttsche und Jähmig erhoben die Privatklage gegen den Redakteur F. Scherm in Nürnberg, die heute vor dem hiesigen Schöffengerichte zur Verhandlung kam. Die in dem Artikel behaupteten Thatsachen wurden theils von den Klägern nicht mehr bestritten, theils durch Zeugen erwiesen. Insbesondere wurde erwiesen, daß Gustav Guttsche sich Neuperungen, wie: „Sie versuchter Schweinehund, der Draht liegt schon wieder im Wasser“, „Sie wären werth, daß ich ihnen die Lampe an den Kopf werfe“, bediente. Der Meister Jäger gab unter Eid selbst zu, daß die Arbeiter „hie und da“ „abgenutzt“ würden. Das Urtheil lautet: Scherm wird verurtheilt zu 150 M Geldstrafe und Ertragung der Kosten u. (S 185). Gründe: Der Artikel sei in der Form beleidigend und daher trotz des bezüglich der behaupteten Thatsachen erbrachten Wahrheitsbeweises strafbar. Es werde von den Klägern gesagt, daß sie sich um ihre Arbeiter nicht kümmern und den Löwenanteil des Gewinns in die Tasche steckten, was den Vorwurf enthält, daß sie in eigennütziger, ausbeuterischer Weise einen höheren als den üblichen Gewinn nehmen. Auch der Umstand, daß die Behandlung hie und da zu wünschen übrig lasse, rechtfertige nicht die Behauptung, daß die Fabrik „eine „Musterfabrik“ ersten Ranges“ sei, welche Bezeichnung gleichfalls beleidigend sei.

Lohnzahlung in Lohndüten. Ein Arbeiter, der auf einem Dornmünder Werke seinen Lohn abgezählt in einer sogenannten Lohndüte empfangen hatte, trat hernach mit der Behauptung auf, es seien in jener Düte 20 M zu wenig gewesen. Als seine Reklamation keinen Erfolg hatte, klagte er das Werk ein, weshalb sich das Gewerbeamt mit der Sache beschäftigte. Der Arbeiter blieb dabei, daß 20 M gefehlt hätten, während der Vertreter des Werkes behauptete, daß bei der immer duragesführten Kontrolle ein Irrthum völlig ausgeschlossen wäre. Er erwiderte deshalbe, den Arbeiter mit seiner Klage abzuweisen. Das Gericht entscheidet aber entgegengegesetzt mit der Motivierung im Urtheil, daß die Hingabe von Lohndüten kein Zahlungsmittel abgibt; bei etwa vorkommenden Differenzen sei der Beklagte beweispflichtig für den richtigen Inhalt. Da der Beweis nicht erbracht worden, habe zu Gunsten des Klägers entschieden werden müssen.

Dresden, 5. März. Gemeine Arns Reichard sollte sich vor der 4. Strafkammer wegen Privatbeleidigung zweier Fabrikbesitzer Viehloß und Vode in Weßen verantworten. Er hat in einer Versammlung die Zustände in der Fabrik jener Herren hart kritisiert, und nun nimmt ihn die Staatsanwaltschaft der Kläger im sogenannten öffentlichen Interesse an und die Sache kommt vor's Landgericht — weil mit Rücksicht auf die „vorbestrahte Persönlichkeit des Beleidigten“ eine hohe Verurteilung in Erwartung stünde. In der heutigen Verhandlung legte Reichard den Landrichter Rosenhagen als befragten ab. Rosenhagen ist bei der 1893er Wahl in dem 4. sächsischen Reichstagswahlkreis, in dem Reichard schon seit 6 Jahren öffentlich thätig ist, als Kandidat aufgestellt gewesen. Reichard ist ihm damals in öffentlichen Wahlversammlungen heftig entgegengetreten. Er geht nun von der Ansicht aus, daß Landrichter Rosenhagen gegen ihn befangen sein müsse. Er wendete sich mit seiner Ablehnung nicht gegen den politischen Gegner, sondern gegen den konservativen Agitator, der Recht spricht, obwohl er als Gesetzgeber mit

fungiren will, weil er bei Wahlen zu geizigebenden Körperschaften kandidirt. Diese Ablehnung wurde abgewiesen. Reichard erhub dagegen sofort Beschwerde. Er stellte noch Weisensanträge, die dahin gingen: Handelskammer-Sekretär Schütze soll aussagen, daß die Beleidigungen in der Dresdener Handels- und Gewerbekammer allgemein als insoulanter Geschäftsleute gelten. Die Gefängnisordnung und die Verwaltungsvorschriften der Gefangenen in sächsischen Gefängnissen sollen im Vergleich zu der rigoroseren Arbeitsordnung von Viehloß & Vode darthun, daß die sächsischen Gefängnisse ein „Paradies“ gegen die Nähmaschinenfabrik der Beleidigten sind, wie es Reichard behauptet hat. Der Staatsanwalt hielt diese Anträge für beachtlich, ebenso das Gericht, und die Verhandlung wurde vertagt.

Leipzig. Die königliche Leipziger Zeitung wegen Beleidigung von Arbeitern auf der Anlagebank. Während des Leipziger Schmiedestreiks brachte die Leipziger Zeitung in Nr. 126 vom 3. Juni v. J. von ihrem k-Verichterstatter unter der Spitzmarke Arbeiterbewegung folgenden gemeinen Bericht: „Eines wahrhaft ständelösen Erzeßes machten sich gestern Nachmittag sieben ausständige Schmiedehilfen schuldig, die in die Geschäftsräume eines in der Unterstraße wohnhaften Schmiedemeisters einbrangen und mit demselben Händel angingen, weil er die Gehilfenforderungen nicht bewilligt und an Stelle der in Folge dessen ausgeschiedenen Gehilfen fremde Gehilfen eingestellt hatte. Die hohen Patronen setzten dem Meister in dessen Werkstelle, Hof und Kasse in frechster Weise mit Redensarten zu und gingen dann sogar zu Thätlichkeiten über, indem sie auf den Meister brutal loskamen. Auch an dem Sohne des letzteren, welcher seinem Vater zu Hilfe eilte, vergriffen sich die Banditen und rissen ihm die Sachen vom Leibe. Als nunmehr nach der Polizei geschickt wurde, ergriff die erbärmliche Gesellschaft natürlich das Hasenpanier. Glücklicherweise wurden noch im Laufe des gestrigen Nachmittags zwei der Thäter ermittelt, und es steht zu erwarten, daß auch die Persönlichkeiten der übrigen Stroche festgestellt werden. Den Bürgern ist eine ganz exemplarische Strafe sicher und zu gönnen. Aus dem ganzen Vorgang aber kann man wieder einmal die verderblichen Folgen muthwilliger Streiks erkennen.“ — Wegen die sieben Schmiede wurde am 21. August v. J. wegen gemeinschaftlichen Hausfriedensbruchs, gegen einen ausj wegen Körperverletzung verhandelt. Auf Grund der damaligen Verhandlung kam das Gericht zur Freisprechung der Angeklagten. Man fehrten die durch die Leipziger Zeitung so hart Beleidigten den Spieß um und strengten gegen den verantwortlichen Redakteur der Leipziger Zeitung Dr. Robert Privatklage wegen Beleidigung an. Im Gegenzug zu dem Richterkollegium vom 21. August nahm das Schöffengericht am 11. Januar an, daß der Vorgang am 2. Juni v. J. sich so abgespielt habe, wie die Leipziger Zeitung im geschilbert und verurtheilte Dr. Ritter wegen formaler Beleidigung zu 75 M Strafe. Als Reichstagsabgeordneter Dr. Schwenk im Reichstag diese Sache zur Sprache brachte, stellte sich der sächsische Bundesrathsbevollmächtigte Geheimrath Fischer auf denselben Standpunkt wie das letzte Richterkollegium und erklärte am 15. Januar im Reichstage: „Im Uebrigen hat sich der Vorgang in der That so zugetragen, wie er in der Leipziger Zeitung dargestellt ist.“ Den beleidigten Schmieden galt es nun festzustellen, daß der Vorgang in der That sich nicht so abgespielt hat, wie die Leipziger Zeitung dargestellt hat. Sie legten deshalb gegen das schöffengerichtliche Urtheil Berufung ein, die am 6. März vor der ersten Strafkammer des Landgerichts zur Verhandlung kam. Es kam zum Vergleich. Dr. Ritter verpflichtete sich, 150 M an das Leipziger Kinderkrankenhaus als Buße zu zahlen und sämtliche gerichtliche und außergerichtliche Kosten zu übernehmen und in der Leipziger Zeitung unter der Rubrik Sachen — Arbeiterbewegung — zu erklären, daß er die in jenem Artikel enthaltene Schilderung als unrichtig anerkennet, die darin gebrachten ehrenruehenden Ausdrücke bedauere und zurücknehme, und daß die genannten sieben Schmiede in der That jenes Vorgangs gegen sie eingeleiteten Unternehmung freigesprochen worden sind. — Was wird Herr Geheimrath Fischer, der sächsische Regierungskommissar, dazu sagen? „Leipz. Volkszeitung“.

Die Verurtheilung ist eine eigene Sache, sie wird auch dann gerechtfertigt, wenn es sich um eine allgemeine Phrase handelt, die auf einen bestimmten Personenkreis nicht bezogen ist. Spricht jemand während eines Streiks aus, daß ein Jeder, der den Streikenden in den Rücken fällt, nach seiner Ansicht nicht diejenigen Eigenschaften besitzt, die man bei einem ehrlichen und denkenden Arbeiter voraussetzt, so ist das eine Meinung, die gewiß — abgesehen von den beteiligten Unternehmern — allgemein getheilt wird. Ja die Unternehmer selbst geneiren sich nicht, ihren Kollegen, welche nicht mitthun, dieses und Anderes in's Gesicht zu sagen, und ebenso bekannt ist, daß sie von Arbeitern, welche ihnen in solchen Fällen zu Hilfe eilen, nicht eben eine hohe Meinung haben, diese vielmehr stets nur in der Noth als Mittel zum Zweck benutzen. Der Schutzparagraph für Streikbrecher (§ 153 der G.-O.) dagegen gebietet, mit dieser Wahrheit während eines Streiks hinter dem Berge zu halten, und wenn er fast durchweg nur gegen Arbeiter Anwendung findet, so liegt das unferes Erachtens auch mit daran, daß die Unternehmer in ihren disbezüglichen Bemerkungen vornehmer sind als die Arbeiter. Es sollte daher Aufgabe der Arbeiter sein, das, was eigentlich während eines Streiks selbstverständlich ist, auch für selbstverständlich zu halten, daß nämlich jeder Arbeiter stndies moralisch verpflichtet ist, seine ireitenden Kollegen direkt oder indirekt zu unterstützen. Wer das hierzu nöthige Ghrgefühl nicht besitzt, der wird sich auch durch irgend welchen Zufall, der ihn in verächtlicher Weise daran mahnt, nicht abhaken lassen, zu thun was ihm beliebt. Dagegen läßt sich nun einmal nichts thun, ebenso wenig wie sich Mord, Diebstahl und andere Verbrechen trotz aller Vorbeugungsmittel nicht aus der Welt schaffen lassen. Vielleicht geben die Massenverurtheilungen in Hamburg den leitenden Kreisen Veranlassung, das Material zu sammeln und an der Hand desselben allgemeine Grundzüge aufzustellen, nach welchen in Zukunft zu verfahren ist. Zu verzeichnenden Bemerkungen wurden wir veranlaßt durch ein Flugblatt des Centralstreikkomitees in Hamburg, in welchem der Tag enthalten war: „Wollt Ihr zu Verräthern an Euren Hamburger Brüdern werden?“ Dieser Tag fand bei den Staatsanwaltschaften in Köln und Breslau Anklang

klagten die Redakteure der „Rhein. Zeitung“ und der „Breslauer Volkswart“, welche den Aufruf nachgedruckt hatten, wegen Verurtheilung und wegen groben Unfugs an, letzteres wohl eventualiter, im Falle der Gerichthof die erstere für nicht zutreffend halten sollte. Es geschah das Umgekehrte, der grobe Unfug fiel und die Angeklagten wurden wegen Verurtheilung zu sieben bzw. vierzehn Tagen Gefängniß verurtheilt. Die Untergebende in Breslau hatte sich aber mit dem Redakteur nicht begnügt, sie zog auch den in Hamburg wohnenden Verfaßer des Flugblattes vor das Forum in Breslau mit dem Erfolge, daß man auch diesen zu vierzehn Tagen Gefängniß verurtheilte; er wurde sonach verurtheilt, obwohl er nicht den geringsten Einfluß betr. der Aufnahme in das Breslauer Blatt auszuüben in der Lage war. Der Gerichtshof bemerkte hierzu allerdings: Der Angeklagte hat zweifellos voraussehen können, daß der Aufruf auch in Breslau zum Abdruck gelangen würde, aber auch diese Voraussetzung ist zu bezweifeln. Diese neueste Vermehrung der Prekshwierigkeiten ist geeignet, in Verbindung mit dem ambulanten Gerichtsstande recht sonderbare Früchte zu zeitigen. „Corresp.“ f. Buchdr.

Vermischtes.

Hamburg, 4. März. Nachdem das Centralstreikkomitee aufgelöst ist, reservirte Abgeordneter v. Elm über dessen Thätigkeit. Die vorhandenen Schulden der Gewerkschaften aus dem Streik betragen 257 000 M, deren Deckung durch Ausgabe von Beitragsmarken zu beschaffen ist.

Von der Konzentration der Industrie. Die bekannte Metallwaarenfabrik von Schausfler & Saffr in Göttingen ging durch Kauf in den Besitz der Württembergischen Metallwaarenfabrik in Geislingen um die Summe von: 1 400 000 M über. Die jetzigen Besitzer verbleiben in der Leitung des Geschäfts als Direktoren. Auch sonst erleidet der Betrieb keine Aenderung. — Die Großen brechen den Kleinen den Hals und die Größeren den Großen ebenfalls. Die Anhäufung des Besitzes in einzelnen Händen schreitet so lange fort, bis auch die größten Unternehmungen außer Stande sind, das Produktionsgerieche zu leiten. Dann ist die Zeit der sozialistischen Wirtschaftsweise gekommen, die durch die intensiv betriebene Enteignung des Mittelstandes mit Nothwendigkeit herbeigeführt werden muß.

Die belgischen Metallarbeiter. Die Branchenorganisation und ihre Bedeutung sind berufen, in einer mehr oder minder engeren Zeit eine wichtige Rolle in der ökonomischen und industriellen Entwicklung zu spielen. Unter Denjenigen, welche die meiste Energie und Ausdauer bis jetzt bewiesen haben, können wir, ohne Widerspruch fürchten zu müssen, die Mitglieder der großen Metallarbeiter-Union nennen. Im Jahre 1886, in der Zeit der großen Streiks der Berg- und Glasarbeiter, damals, als das Land von einer tiefen und fast revolutionären Agitation erfüllt war, welche die Grundfesten des Gebäudes erschütterte, das man im Jahre 1850 bechädigt hatte, haben sich eine große Anzahl von Metallarbeitern mit der Provinz solidarisch erklärt, indem sie sich dieser Bewegung anschloßen. Im Jahre 1892, während des Streiks zur Eringung des Wahlrechts, haben die Metallarbeiter der Brüsseler Vereinigung die Spitze der Bewegung eingenommen; vom 20. Mai an tranden sie in der Breiche. Am 18. April 1894, während der Abstimmung über die Verfassung, befanden sich die Metallarbeiter fast vollständig unter den 30 000 Manifestanten, welche die Place de la Duchesse in Wolvenbeck füllten. Zudem sie so handelten, haben die Metallarbeiter ihre Pflicht erfüllt: ein Beweis dafür sind die zahlreichen Syndikate, welche eben darangehen, sich der allgemeinen nationalen Organisation anzuschließen. Im September 1886 gegründet, zählte die Federation der belgischen Metallarbeiter am Anfange nur wenige Gruppen: Die Mechaniker von Brüssel, die Gießer von Herstal und die Metallarbeiter von Viège. Jedes Jahr sind einige neue Syndikate dazu gekommen, um die Macht der Organisation zu stärken, während andere von Zeit zu Zeit verchwanden: im vorigen Jahre, nach zehnjähriger fortwährender Agitation, waren auf dem Kongreß zu Pöngien in Gilly folgende 19 Gruppen vertreten: Die Metallarbeiter von Gand, die Mechaniker, Dreher, Polirer, Gießer, Möbelschloßer, Instrumentenmacher, Bronzegießer und Eisenarbeiter von Brüssel, die Gießer von Herstal, die Metallarbeiter von Biervez, Amers, Zubise, Gilly, Louvain, Malines, Kinelles, die Kupfergießer von Malines, die Instrumentenmacher von Bierre und die Kupferhämmer von Gosselies. Seit dem Kongreß des vorigen Jahres hat die Zahl der neuerlich gegründeten Syndikate die Gesamtziffer der belgischen Metallarbeiter-Organisationen fast auf das Doppelte erhöht, und zwar durch folgende Gruppen: Die Metallarbeiter von Hal und Courtrai, St. Etienne, die Bronzearbeiter und Billeure von Brüssel, die Bronzegießer und Schmiede von Brüssel, die Metallarbeiter von St. Gervais, Lise-Seraing, Herstal, Tournai und noch eine Reihe anderer. So zählt denn der belgische Metallarbeiterverband in seiner Mitte alle Arten von Metallarbeitern, vom Eisen bis zum Gold durch das Blei, das Kupfer und das Zinn hindurch. Um ein Anrecht auf die Streiktage zu haben, muß jedes Syndikat durch volle sechs Monate der Federation angehört und keine Beiträge gezahlt haben. Treimonatlicher Abstand zieht den Verlust der Rechte an die gemeinsame Kasse nach sich. In einigen Monaten wird der nächste Jahreskongreß stattfinden. Aus „Le peuple“.

Litterarisches.

Von der „Neuen Zeit“ Züritgart, J. S. W. Dieß Verlag ist neben dem 23. Den des 15. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Vor dreißig Jahren. — Der Agitationskollaps in Belgien. Den Emile Vandervelde. — Revolution und materialistischer Marxismus. Von St. Mantoux. — Der Gegenwart berehend die Disziplinargenossen der wissenschaftlichen Arbeitervereine. — Kleine Briefe. — Notizen: Ueber die Auswanderung aus der Schweiz. — Notizen: Arme Leute. Von Koleslaw Feus. — Ueber die Ueberlieferung von S. Zurewotti. — Schluß. Die belgische März-Kammer des „Südd. Postillon“ ist in einem Umfange von 10 Seiten — Preis wie gewöhnlich, 10 M — erschienen. Sie enthält eine Anzahl kritischer, humoristischer und satirischer Beiträge die ohne

Zweifel allen Lesern einige sehr vergnügte Stunden bereiten werden.

Briefkasten.

J. W. und J. M., Erlangen. Die Manuskripte bleiben vorläufig in unseren Händen. ...

An alle Ortsverwaltungen des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

richten wir die Bitte, doch möglichst nur solche Adressen oder Herbergen für den Zeitungsverband angeben zu wollen, welche nicht so vielen Änderungen unterworfen sind, als dies in letzter Zeit der Fall war. ...

Die Expedition der „D. Met.-Arb.-Ztg.“

Verbands-Anzeigen.

Mitglieder-Versammlungen.

Altenburg. Sonnabend, 13. März, Abds. halb 9 Uhr, im „Waldschlößchen“. ... Berlin. Bezirks-Versammlungen: Ostn. Dinstag, 16. März, Abds. halb 9 Uhr, bei Keller, Koppenstr. (im Tunnel). ...

Kalk b. Köln. Am 20. März bei Heufeshoven. Reiche und arme Leute. Referent: Honrath. ... Karlsruhe. (Sektion der Blechner und Installateure.) Die für 13. März projektierte Versammlung fällt aus. ...

Angsburg. Zuwendungen nicht mehr an Karl Ruf, sondern an Joh. Hübler, Maschinenhändler, Wienstr. 5. ... Bitterfeld. Unser Vergnügen findet Sonnabend, 20. März statt. ...

Zeugen gesucht!

Achtung! Nähmaschinenarbeiter! Der Unterzeichnete ist wegen Verletzung der Nähmaschinenfabrikanten Biefold & Lohde in Meissen angeklagt, weil er die Maschinen in deren Fabrik kritisierte. ...

Öffentliche Versammlungen.

Dresden-N. Sonnabend, 13. März, Abds. halb 9 Uhr, öffentliche Klebnerversammlung im „Weissen Adler“. ... Frankfurt. Sonntag, Nachm. halb 4 Uhr, im „Gold Adler“ in Laggau, öffentliche Versammlung. ...

Die Kollegen werden ersucht, zu dieser Versammlung recht rege zu agieren. ... Karlsruhe. (Sektion der Blechner und Installateure.) Die für 13. März projektierte Versammlung fällt aus. ...

Privat-Anzeigen.

Die Verwaltungen des D. M.-V. werden ersucht, uns etwaige Anstände bei den in unserem Blatte Arbeiter suchenden Firmen sofort unter Angabe der Gründe zu melden.

Nachruf. Am 4. März starb unser Mitglied, der Feilenhauer Franz Gall nach langem Leiden. Ehre seinem Andenken. Ortsverwaltung Koburg.

Nachruf. Am 25. Februar verstarb nach längerer Krankheit der Schlosser Friß Schäffler im Alter von 20 Jahren an der Profetarietkrankheit. Die Mitglieder des D. M.-V. in Potsdam.

Nachruf. Unser Mitglied Anna Polz verstarb am 3. März im Alter von 25 Jahren an der Profetarietkrankheit. Sektion der Feingoldschläger Schwabach.

Tüchtiger Feilenschleifer für sofort auf dauernde Beschäftigung gesucht. J. Hoffmann, Kaiserlautern (Pfalz).

1 tüchtiger solider Feilenhauer auf große Mittelforten sofort gesucht. Dauernde Stelle. Wwe. Domm, Neuwied a. Rh.

Ein tüchtiger Metalldrücker, der schon auf Silber gearbeitet hat und auch obal drücken kann, findet bei hohem Lohn dauernde Stellung. Martin Mayer, Mainz.

Tüchtige Feilenhauer sofort gesucht für dauernde Arbeit. C. G. Albricht, Niefa.

Suche sofort einen tüchtigen Feilenhauergefellen auf dauernde Arbeit. Erd. Hellmuth Bleyl, Feilenhauerstr. 86, Wauzen, Fleischerstraße 15.

Ein tüchtiger Feilenhauer kann sofort auf dauernde Arbeit eintreten. M. Mack, Weiertheim b. Karlsruhe.

Tüchtige Feilenhauer gegen hohen Verdienst für dauernd sucht. U. Michel, Darmstadt.

Ein im Feilenschleifen tüchtiger Schleifergeselle findet bei Unterzeichnetem bei gutem Lohn dauernde Beschäftigung. Verheiratheter nicht ausgeschlossen. Joh. Schönleber, Schleifermeister, Augsburg.

Suche sofort mehrere tüchtige Feilenhauer. Herm. Burk, Gevelsberg i. B.

1 tüchtiger Feilenhauer kann sofort eintreten bei Jos. Plögl, Feilenhauerstr., Ansbach.

Ein tüchtiger Feilenhauergehilfe sofort gesucht. A. Nickisch, Feilenhauer, Nordlingen.

Tüchtige Gelbgießer für Drehbank und Schraubloß zu dauernder Arbeit gesucht. Giele & Feldhaus, Hildesheim.

1 Feilenhauer findet bei gutem Lohn dauernde Arbeit bei Gustav Volk, Luc b. Schmalkalden.

Scherm's Reisehandbuch für wandernde Arbeiter. Mit 1 Gütenbahnkarte und zwei Straßenkarten, geb. 1.50. Ca. 2000 Freireisestunden u. Eingehül für Berechnung des Reisegeldes bei den Zentralverbänden: Brauer, Formel, Fabrikarb., Holzarb. (Seitl.) Metallarb., Tabakarb., Bergarb., Getreide, Leinwand, Schuharb., u. a. Buchhdlg. u. Holz.